

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«**Ja** zur Schweiz»

www.schweizerzeit.ch | 45. Jahrgang, Nr. 5, Freitag, 8. März 2024

Einzelfälle?

2

Die legale Enteignung

12

Der Neutrale fehlt

20



Vom einstigen sicheren Paradies Schweiz zum Shithole

Einzelfälle?

von Isabel Villalon, Ingenieurin im Fach Maschinenbau mit Spezialgebiet Energie

Ein Jugendlicher (17) wird in Lausanne bei einem Streit schwer verletzt. Ein anderer Gleichaltriger zückt das Messer und sticht mehrmals in der Bauchgegend zu. Der Täter wird später in der Agglomeration Lausanne festgenommen. Ein Einzelfall! Wirklich?



Bern. Zwei Männer besprühen das Gesicht eines ahnungslosen Spaziergängers mit Pfefferspray im Kocherpark in Bern und rauben ihn aus. Sie rennen mit dem Rucksack des Opfers weg.

Lostorf, Solothurn. Ein Rentner wird von zwei Männern verfolgt und zu Fall gebracht. Unver-

mittelt schlagen sie auf ihn ein, als er am Boden liegt, und fordern Geld. Sie nehmen ihm das Geld ab, auch das Mobiltelefon und die Uhr. Anschliessend flüchten sie.

Maur, Zürich. Ein 71-jähriger Mann wird tot auf einer Treppe aufgefunden. Die Kantonspolizei Zürich geht von einem Delikt aus.

Reigoldswil, Basel-Land. Ein Ehepaar besucht ein Guggenkoncert und ist auf dem Weg nach Hause. Eine Gruppe Männer greift das Ehepaar an. Die Angreifer traktieren den Mann, der sich schützend vor seine Frau stellt, mit Schlägen und Fusstritten so schwer, dass er im Spital landet. Die Polizei ermittelt. Es werden Zeugen gesucht. Der Angriff soll von sechs bis sieben Personen durchgeführt worden sein.

Rorschach, St. Gallen. Ein Rentner (82) wird von zwei Männern angegriffen, geschlagen und ausgeraubt. Sie nehmen ihm die Halskette weg und klauen alles, was

er Wertvolles auf sich trägt. Dank aufmerksamer Zeugen können die Täter später verhaftet werden. Es sind zwei marokkanische «Asylbewerber».

Zürich. Im Kreis 6 entdeckt eine Patrouille der Stadtpolizei einen am Boden liegenden Mann (36) mit Stichverletzungen. Er wurde von Unbekannten überfallen und ausgeraubt. Die Sanität bringt ihn ins Spital.

Zürich. Eine Patrouille der Stadtpolizei Zürich findet einen schwer verletzten Mann (54) neben seinem Velo. Stichverletzungen. Er wurde in der Bäckieranlage, einem nahe gelegenen Park, von Unbekannten angegriffen.

Chiasso, Tessin. Ein Mann (50) wird tot in seiner Wohnung aufgefunden. Der Tod wurde mit einem spitzen Gegenstand verursacht. Verhaftet wird ein «Asylbewerber» aus Somalia. Die Polizei versucht nun, die Tat zu rekonstruieren.

Polizei am Anschlag

Die obigen Gewaltverbrechen haben in einem sehr kurzen zeitlichen Rahmen im Februar stattgefunden, der grösste Teil davon am Wochenende vom 24. und 25. Februar 2024. Die Zunahme der Gewaltverbrechen in der Schweiz ist erschütternd. Dabei lassen sich Verhaltensmuster feststellen – die Opfer sind meistens Inländer, die Täter nicht. Im Bereich der Vermögensdelikte scheint es ausserdem zu einer regelrechten Epidemie gekommen zu sein. So meldet beispielsweise die Kantonspolizei Aargau, dass das Aufbrechen und der Diebstahl von Wertsachen aus Fahrzeugen um unglaubliche 72% zugenommen habe. Der Polizeikommandant gibt freimütig in einem Interview zu: «Wir sind am Anschlag». Die Bevölkerung ist es sicher auch.



INNOVA Sicherheitstechnik Schweiz AG
Lindenhofstrasse 8a
9630 Wattwil
+41 71 988 22 00
info@innova-sicherheitstechnik.ch

Krisenvorsorge | Notvorrat | Trinkwasser | Technik



Wir beraten Sie gerne persönlich und diskret!



WWW.INNOVA-SICHERHEITSTECHNIK.CH

Weitere «Ereignisse»

Allschwil, Basel-Land. Einem Familienvater wird das Elektrovelo, auf das er ein Jahr lang gespart hat, aus dem Keller geklaut. Kostenpunkt 5'500 Franken. Er meldet sich verzweifelt in den sozialen Medien und bietet 1'000 Franken als Belohnung an, auch dem Täter, denn er braucht das Elektrovelo täglich, um zur Arbeit zu fahren. Es melden sich Personen mit guten Ratschlägen: Er solle in Strassburg suchen und in den einschlägigen französischen Online-Plattformen für Diebesgut stöbern. Ein Basler Velohändler meldet sich auch, bei ihm werden die Velos gleich reihenweise vor dem Geschäft gestohlen, trotz Diebstahlsicherung.

Kreuzlingen, Thurgau. Ein pensionierter Arbeiter meldet sich in der Tagespresse. Er schaut für einen verstorbenen Kollegen zu dessen Liegenschaft, welche momentan leer steht. Das Haus werde immer wieder von maghrebinischen «Asylbewerbern» als Zwischenlager für Diebesgut missbraucht. Die Polizei komme öfters vorbei, verhafte ein paar Diebe und sichere das Diebesgut. Trotzdem seien diese Leute mehrmals wieder gekommen und hätten dort Diebesgut gelagert. Die moderne Version der Grotte von Ali-Baba und den vierzig Räubern, zweifelsohne. Schöne, neue Schweiz!

Fortsetzung auf Seite 4

LACHEN VERBOTEN!**Basler «Schnitzelbänggler»**

Wenn dir dyni Krankekasse ganz unverhohle die schlimmschtmögligschte Krankhaite an d Wand duet moole denn muesch dermit rächne, das isch denn s Fatale dass du die schlimmschtmögligschty Prämie derfür muesch zahle.

*

Dä suuri Stai, wo dr Jositsch rysst bi de Wahle zaigt mir, dä blooge Höllequaale. Stuur blybbt är sitze und duet lyyde, woorschynlig het är Hämorroyde!

*

Bi däre Klimakonferänz z Dubai bisch gspannt wie viel Projäggt verlaufe dien im Wieschtesand. Stolz zeigt denn mängege doch als Bydrag zur Mission si Businessclass-Flug-CO₂-Kompensation.

**SP-Co-Präsident
Wermuth auf umwelt-
verantwortlicher
Weltreise**

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl



Churz & Bündig

Die Umweltbürokraten publizieren eine Erfolgsmeldung: Ein paar hundert Haushalte mehr hätten dafür gewonnen werden können, darauf zu achten, dass weniger Plastik-Abfall anfalle. Dass gleichzeitig fast hunderttausend Zuzüger in unser Land geströmt sind, die keine Ahnung haben von hiesigen Anstrengungen zur Vermeidung von Plastik-Müll, klammern die auf Erfolgsmeldungen erpichten Umwelt-Funktionäre wohlweislich aus.

*

Ursula von der Leyen präsentiert sich allzu gerne als Verteidigerin der Demokratie. Was sie selbst betrifft, schätzt sie demokratische Regeln nicht besonders. Letztmals gewann sie 2003 eine Wahl, als sie ein Direktmandat für den Landtag des Bundeslands Niedersachsen ergatterte. Der dortige Regierungschef Christian Wulff berief sie darauf als Ministerin in seine Bundesland-Regierung. 2009, 2013 und 2017 scheiterte sie im Landkreis Hannover anlässlich der Bewerbung für ein Direktmandat in den Bundestag. Die Wähler versagten ihr jegliches Amt ausserhalb des Bundeslands Niedersachsen. Aber Angela Merkel holte sie zunächst als Familienministerin, dann als Arbeitsministerin und schliesslich als Verteidigungsministerin in ihre Regierung, wo sie für den Niedergang der Bundeswehr verantwortlich wurde. 2019 wurde sie dann – ohne eine Wahl, sie war nicht einmal Wahlkandidatin – durch Hinterzimmer-Verabredung zur EU-Kommissionspräsidentin gekürt. Als solche wähnt sie sich als «mächtigste Frau der Welt». Auf demokratische Wahl kann sie diese Krönung freilich nicht zurückführen. *us*

Im gleichen Schlamassel

Wer das europäische Umfeld kennt, wird feststellen können, dass die Schweiz nun im selben Schlamassel angekommen ist wie fast alle Länder Europas. Wobei wir uns hier noch glücklich schätzen können. Die Neuankommlinge sind noch geblendet von so viel materiellem Reichtum und möchten so schnell wie möglich so viel wie möglich davon klauen und in ihre Länder schicken. Ja, «schicken» ist der richtige Ausdruck. Ich kenne die

Transportroute gut. Bis zum Himmel vollbepackte Autos und Kleinbusse, welche auf der «Autoroute du Soleil» von Frankreich Richtung Südspanien fahren, um dann die Meerenge nach Nordafrika auf den Fähren zu überqueren. Alles privates Diebesgut (sprich «Hausrat») von in die Ferien fahrenden nordafrikanischen Emigranten. Die spanischen Zöllner machen nur von Zeit zu Zeit Stichproben. Kürzlich haben sie einen marokkanischen Familienvater erwischt, der 1'500 gestohlene Mobiltelefone im Gepäckraum des Minivans verstaut hatte.

Die nächste Zündstufe der Rakete wird ebenfalls in der Schweiz ankommen, wie sie in allen anderen Ländern Europas bereits Realität ist: Sexualverbrechen, Gruppenvergewaltigungen, Sexualmorde. Die europäische Frau, geopfert auf dem Altar des christlich-sozialistischen Gutmenschentums, sozusagen. Naivität der Extraklasse. Oder ist es etwa Kalkül?

Wenn ich hier beispielsweise die «Einzelfälle» im Bereich Sexualverbrechen in Deutschland publizieren würde, hätte die «Schweizerzeit» plötzlich den Umfang eines Telefonbuches. Die deutsche Polizei versucht die Täterherkunft – gemäss Anweisung von oben – zu kaschieren, doch die Fahndungsbilder zeigen meistens «schattierte» Hautfarben. Journalisten tanzen gefährlich, wenn sie das Thema behandeln möchten, die Hassgesetzgebung ist eine neue formidable Zensur, nicht nur in Deutschland, auch hier in der Schweiz.

Es ist leider davon auszugehen, dass die Situation in Sachen Kriminalität von «Asylbewerbern» und sonstigen Migranten sich weiterhin verschlechtern wird. Warum ich so sicher bin? Auf den Kanarischen Inseln warten momentan 5'600 «minderjährige», illegal eingereiste Nordafrikaner, um aufs spanische Festland gebracht zu werden, und es werden täglich mehr, denn die illegalen Schlepperboote werden nicht zurückgeschickt, und die Herkunftsländer foutieren sich um Rückführungsabkommen.

Frontex glänzt durch Abwesenheit

Wir müssen davon ausgehen, dass sehr viele dieser Migranten den Weg nach Mitteleuropa nehmen



«Schweizerzeit»-Special

Fr. 69.– pro Monat exkl. MWSt.
inkl. 300 Kopien und Vor-Ort-Garantie

**A3-Farbkopierer, -Scanner,
-Drucker und -Telefax**

inkl. Original-Einzug, 2 Kassetten,
Stapel-Einzug, Unterschrank, TOP-Qualität,
dank 1200 dpi, Duplex, Netzwerk, USB 2.0,
automat. Hefter, Air-Print, Super Touch-
Display, farbig

3 Jahre Vor-Ort-Garantie

OCoTex AG – 041 799 50 00

ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO

Telefon 081 844 09 08
Telefax 081 844 10 20
Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom
Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60

werden – einfach weil es dort viel mehr zu holen gibt als im bereits arg von dieser Art Kriminalität gebeutelten Spanien. Eine Frage, die man sich dabei stellen soll: Wo bleibt Frontex, die EU-Grenzsicherungseinheitstruppe? Frontex glänzt durch Abwesenheit. Die Schweiz wird jedoch bis zum Jahr 2027 den freiwilligen finanziellen Beitrag an Frontex sukzessive von ursprünglich 24 Millionen (2021) auf 61 Millionen Franken erhöhen. Das reicht halt zu viel mehr feinen Mittagessen in Brüssels Nobelrestaurants.

Die entscheidende Frage

Und nun kommen wir zur entscheidenden Frage: Wem haben wir den Niedergang des einstigen sicheren Paradieses Schweiz zu verdanken? Wem haben wir es zu verdanken, dass sich das Land, in dem man mit offener Haustüre schlafen konnte, zum Shithole (despektierliche englische Bezeichnung für kriminell gefährliches Gebiet) entwickelt hat?

Unsere Verwaltung in Bern, insbesondere das Aussendepartement, ist vollbepackt mit gutbezahlten Naivlingen, um hier keine deftigeren Ausdrücke zu gebrauchen. Ebenfalls der Grossteil des Bundesrates hat in den vergangenen Jahrzehnten durch eine absolute Verkennung der europäischen Situation in Sachen Migration brilliert. Mit der de facto-Aufgabe des Grenzschutzes, der Ratifizierung der Abkommen von Schengen und Dublin, hat man die Schweizer Bevölkerung genau dieser Massierung von «Einzelfällen» ausgesetzt und sich der ausländischen Kriminalität ausgeliefert.

Rad umdrehen!

Das Rad umzudrehen wäre einfach. Kündigung beider Abkommen, sofort! Wenn man zusätzlich bedenkt, dass die mit dem Schengener Abkommen einhergehende Personenfreizügigkeit die über 50-jährigen arbeitenden Schweizer Familienväter und Mütter in vielen Fällen in die wirtschaftliche Misere stürzt, weil sie durch jüngere, billigere Kandidaten aus der EU ersetzt werden, so überlegt man sich ernsthaft: Warum ist der Druck der Bevölkerung nicht grösser, damit die Regierung endlich handelt?

Isabel Villalon

Ihr Inserat in der Schweizerzeit:



Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico

Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
Pro Schweiz-Mitglied
Pro Libertate-Mitglied
PIKOM-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Economiesuisse: Weg damit !



Einmal mehr hat die mit Millionen gefütterte Economiesuisse – Dachverband der Schweizer Wirtschaft – eine wichtige Volksabstimmung katastrophal versiebt. Wer glaubt, man müsse dieser Agentur bloss Millionen zuschanzen, auf dass sie die teuerste PR-Agentur engagiere, die dann «Schweizer Tugenden» verkaufe, ist mitschuldig am Desaster.

Vorbei die Zeiten, da durch Kompetenz und Erfahrung wettbewerbsgestählte Unternehmer den Bundesrat zu überzeugen vermochten, wie die Schweizer Wirtschaftsordnung als Massanzug auszugestalten sei, auf dass der nicht mit Rohstoffen gesegneten Schweiz eine freiheitliche Grundlage für weltweite Wettbewerbstauglichkeit gesichert wurde.

Aber das war gestern. Economiesuisse hat sich von der Schweiz längst verabschiedet. Geführt von einer Verwaltungs-Exponentin, ist Economiesuisse Weisungsnehmerin der Funktionsbürokratie geworden. Jener Funktionskaste, die sich vordringlich der Gleichschaltungs-Ideologie Brüssels glaubt unterwerfen zu müssen.

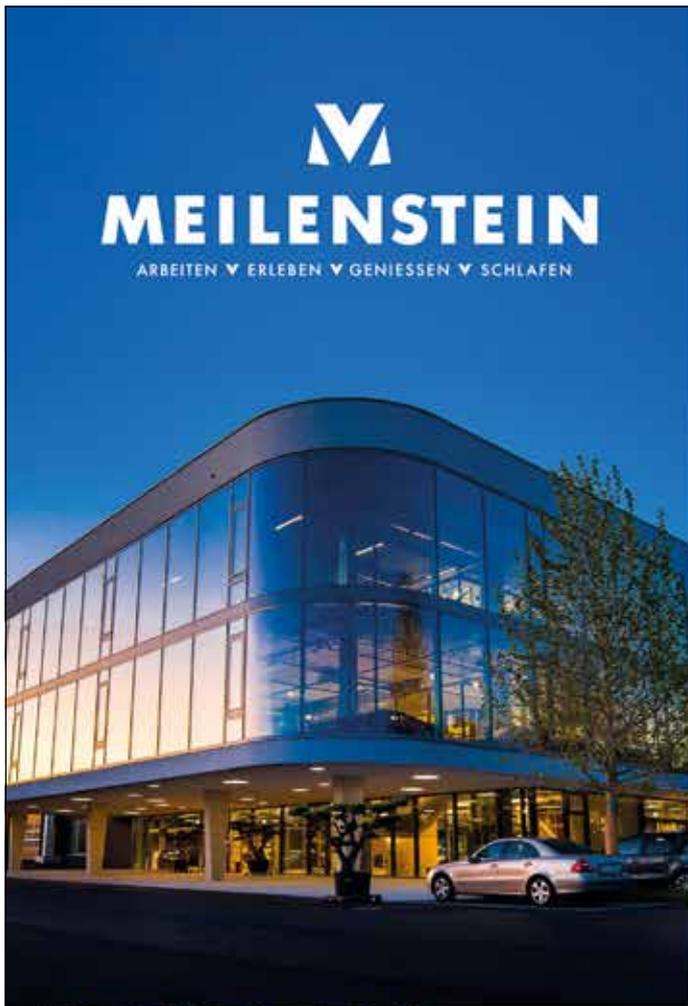
Gleichschaltung: Das ist Gift für die Schweizer Wirtschaft. Obwohl Brüssel mit bis in alle Details durchregulierter Gleichschaltung die einst aufgrund ihrer Wettbewerbstauglichkeit weltweit geachtete Wirtschaft Europas offenkundig in den Abgrund steuert, will Economiesuisse die umfassende EU-Gleichschaltung unbedingt auch der Schweizer Wirtschaft aufzwingen – aus reiner Brüssel-Hörigkeit.

Dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Schweiz solchen Gleichschaltungs-Import ablehnen, glaubt Economiesuisse seit Jahren übersehen – und verachten – zu müssen. Und so können wir jetzt Chefs einst respektierter Konzerne beobachten, wie sie ihre Betriebe mitsamt ihren Belegschaften akribischer Genderstern-Ideologie und vergleichbarem Unsinn unterwerfen, offenbar glaubend, hinter solcher Ideologie-Hörigkeit das ihnen fehlende Rückgrat für eigenständig verantwortete Innovation tarnen zu können. Um der Funktions-Internationale zu gefallen, nehmen sie wortlos hin, wie Steuerzahlern – eigentlich ihren Kunden – Milliarden abgeknöpft werden, auf dass aufgebläse Entwicklungsagenturen, währungszerrüttende Geldbürokratien, international organisierte Klimakrisen-Ausbeuter mit Unsummen gefüttert werden, die nichts bringen, aber ganze Völker in die Armut verstossen.

Economiesuisse schadet der Schweiz. Economiesuisse hat abgewirtschaftet. Economiesuisse muss verschwinden.

Ulrich Schliuer

Spalte
rechts



MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN

➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel. 062 919 18 18
 info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 53 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00



SRF Kids News

«Er isch gemein, er bedroht und er lügt.»

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Als Gegenleistung für jährlich 335 Franken erhalten unsere Kinder von unserem Staatsfernsehen SRF Zugang zu sachlicher, neutraler Berichterstattung. Würde man meinen.



Das Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) spielt eine zentrale Rolle in der medialen Landschaft der Schweiz und geniesst als staatlich finanziertes Medium ein hohes Mass an Vertrauen und Glaubwürdigkeit. Während sich die Welt mit den Herausforderungen einer globalen Gesundheitskrise auseinandersetzt, nutzte SRF indes seine Plattformen und Reichweite, um eine einseitig linke Agenda zu fördern.

Linksrutsch

Die Berichterstattung des Schweizer Radios und Fernsehens (SRF) während der Pandemie hat vermehrt Anlass zur Kritik gegeben. Eine auffällige Voreingenommenheit zugunsten linker politischer Ansichten war unübersehbar. Statt einer ausgewogenen Berichterstattung wurden Regierungspolitiken oft unkritisch dargestellt, und Gegner der Lockdown-Massnahmen wurden regelrecht dämonisiert. SRF schien sich zunehmend als Sprachrohr für linke Ideologien zu positionieren.

«Er ist gemein, er bedroht und er lügt»

Es ist äusserst besorgniserregend, dass die politische Einflussnahme des SRF sogar auf unsere Kinder ausgeweitet wurde. Ein beunruhigendes Beispiel hierfür ist ein kürzlich auf der Plattform «SRF Kids» veröffentlichtes Video über die bevorstehenden US-Wahlen. In diesem Video wurde jede Gelegenheit genutzt, um Donald Trump zu dämonisieren. In der SRF-Kindertageschau wird Donald Trump ohne irgendeine Erklärung so porträtiert: «Er isch gemein, er bedroht und er lügt.» Und weil er seine Anhänger aufgehetzt habe, seien «sogar Menschen gestorben».

«In seiner Partei glauben viele seinen Lügen»

Auch bezüglich seiner Position innerhalb der republikanischen Partei wird eine ähnlich voreingenommene Darstellung vermittelt. Es wird behauptet «in seiner Partei glauben viele seine Lügen». Ob Donald zu 100 Prozent «stubenrain» ist, sei dahingestellt, doch ist es immens wichtig, dass auch die Position des politischen Gegners mit dem nötigen Respekt thematisiert wird. Unterdrücken wir andere Meinungen, verwerfen

wir sämtliche westlichen Errungenschaften und verkommen zu einer Diktatur. Dass dies eher schlecht als recht funktioniert, lehren uns die Geschichtsbücher und die Aktualität.

Journalismus, kein politisches Journal

Insbesondere der staatlich finanzierte Journalismus sollte niemals Partei ergreifen. Die Medien haben die Verantwortung, objektiv zu berichten und den Lesern, Zuschauern und Hörern eine breite Palette von Standpunkten anzubieten. Es ist inakzeptabel, dass eine staatliche Institution wie das SRF seine Plattform nutzt, um eine politische Agenda voranzutreiben und junge Menschen einseitig zu beeinflussen.

Untergräbt Grundprinzipien einer freien Gesellschaft

Der Auftrag des Staatsjournalismus besteht darin, die Öffentlichkeit zu informieren, nicht zu indoktrinieren. Durch die Präsentation eines einseitigen Blickwinkels auf politische Themen, auch im Ausland, wird den Kindern die Möglichkeit genommen, kritisch zu denken und sich eine eigene Meinung zu bilden. Dies untergräbt die Grundprinzipien einer freien und demokratischen Gesellschaft.

Unsere Kinder verdienen eine freie und unabhängige Berichterstattung, die ihnen ermöglicht, Entscheidungen aufgrund von Fakten zu treffen und ihre eigene Meinung zu bilden.

Hermann Lei

Nein zum EU-Unterwerfungsvertrag

Ich unterstütze die Schweizerzeit-Kampagne



Leserbriefe

Fossile Notkraftwerke im Birrfeld?

Auch wenn eine drohende Strommangellage durch fossile Notkraftwerke überbrückt werden soll: Der Stromkonsument bezahlt immer! Wer denn sonst? Gewisse Politiker treffen einfach Entscheide, als wären sie Könige, dabei ist das Volk der König. Weiss unsere Regierung, wissen Parlament und Verwaltung noch, was sie zu tun oder zu lassen haben? Die zum Scheitern verurteilte Energiestrategie, genannt EG-2050, die das Volk leider aus Unkenntnis der Tatsachen angenommen hat, wird die Strom-Preise noch weiter nach oben treiben. Alt-Bundesrätin Sommaruga wollte lieber für 480 Millionen Franken ein fossil betriebenes Notfallkraftwerk mieten, statt der BKW (Betreiberin des KKW Mühleberg) 300 Millionen als Darlehen zu geben. Damit hätte das KKW sicherheitstechnisch wieder aktualisiert werden können, und es hätte noch viele Jahre seine Dienste geleistet und zu jeder Zeit – auch im Winter – CO₂-freien Strom geliefert, den wir nun aus dem Ausland in der Grössenordnung von 4–6 TWh importieren müssen.

In diese Situation sind wir gekommen, weil die Strategie durch geistige Windstille ersetzt wird, worauf dann die operative Hektik folgt, in der wir nun stecken.

Andi Trüssel, Landrat SVP, Frenkendorf BL

Wind- oder Kernkraft?

Gemäss kantonalen Richtplänen sollen Windturbinen in grosser Zahl gebaut werden. Die Energie von Windrädern ist jedoch sehr beschränkt und wird bei Windstille oder zu hoher Windgeschwindigkeit (dann müssen die Räder abgeschaltet werden, um Schäden zu vermeiden) zusätzlich vermindert. Alternativ würde sich heute Strom aus Wasserstoff-Technologie anbieten. Solchen Strom in grösseren Mengen zu produzieren, ist heute jedoch nicht möglich wegen der beschränkten Leistungsfähigkeit der momentan erhältlichen Brennstoffzellen. So bleibt die Stromerzeugung aus Kernkraft. Der Fortschritte im Bau

moderner, sicherer Kernkraftanlagen der neuesten Generation sind beachtenswert. Insbesondere der Bau von kleineren und mittleren Anlagen mit geringerem Uranverbrauch und kleineren Abfallmengen ist vorteilhaft – ebenso der Wegfall von Gefahren der Kernschmelze im Vergleich zu früheren Anlagen. Moderne Kernreaktoren haben eine technische Lebensdauer von bis zu 60 Jahren – im Gegensatz zu den Windrädern mit höchstens 25 Jahren.

Es ist an der Zeit, dass sich Gewerbe, Industrie und Politik mit sicheren und jederzeit Stromproduzierenden Anlagen – frei von CO₂ Ausstoss – auseinandersetzen.

Harald Keppler, Teufen AR

Gefährdete Unabhängigkeit

Ich bin bestürzt und wütend über die Bereitschaft des Bundesrates, der Konferenz der Kantonsregierungen, der Mehrheit der Parteien sowie verschiedener Wirtschaftsverbände, das EU- Verhandlungsmandat im Sinn der beidseitigen Verhandlungsgrundlage «Common Understanding» zu akzeptieren und zu unterstützen. Es ist zweifelhaft, ob unsere Politiker dieses zunächst nur in Englisch verfasste Papier gelesen und verstanden haben. Der zentrale Punkt: EU-Recht wird über schweizerisches Recht gestellt. Damit werden die tragenden Pfeiler unseres Staates in wesentlichen Teilen aufgegeben. Das provozierende Motto der Weltausstellung in Sevilla 1992 «La Suisse n'existe pas» wird damit Realität. Das Sagen hat dann die EU, und letztlich entscheidet der Europäische Gerichtshof (EuGH). Die institutionell eingebundene Schweiz wird zum Vasallenstaat der EU. Im Übrigen: Wer will schon eine Unterwerfung unter ein krankes und gigantisch verschuldetes Gebilde, wie es die EU nun einmal ist?

Den EU-Funktionären muss endlich klar und deutlich dargelegt werden, dass wir mit der EU gerne partnerschaftlich zusammenarbeiten, dass wir aber unsere Unabhängigkeit und die direkte Demokratie nicht preisgeben – denn dies wäre das Ende der Schweiz.

Benjamin Zingg, Horn TG

Sollen Plakatkampagnen erfolgreich sein, müssen diese vom Betrachter wahrgenommen werden und etwas auslösen, ihn «erschüttern», damit er dann entsprechend handelt, wählt oder abstimmt. Deswegen gestalten wir für unsere Kunden emotionale Kampagnen.

GOAL GLOSSAR
emotional

emotional

<lat.> emovere – «erschüttern», «aufwühlen»

<lat.> emotio – «starke (innere) Bewegung»

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations

Wir wollen Ihren Erfolg

SEM = 058/465 11 11: Kein Anschluss unter dieser Nummer



SEM steht für «Staatssekretariat für Migration». Das Amt regelt, unter welchen Bedingungen jemand einreisen und hier bleiben darf. Im 2023 wurden 30'223 Asylanträge gestellt, 5712 mehr als im Vorjahr. Das SEM rechnet auch 2024 mit 30'000 neuen Asylgesuchen und hat den «Sonderstab Asyl» (SONAS) informiert. Der SONAS wurde 2022 von Bundesrätin Keller-Sutter, der damaligen EJPD-Vorsteherin, eingesetzt.

Das Problem?

Es nisten sich trotz (oder wegen?) dem SEM Straftäter ein, vornehmlich aus Europas Osten, die sich im Telefonbetrug tummeln. Nun gilt zwar der Einzeltrickbetrug kriminaltechnisch als alter Hut, aber immer wieder ruiniert er Schweizer Seniorinnen und Senioren! Warum behalten überführte Täter ihr Aufenthaltsrecht?

Deliktsumme Telefonbetrug

Ausgerechnet dem Schweizer Berufskomiker Cedric Schmid blieb es überlassen, mit (gutgemachter) TV-Dokumentation das Bild von «Täter und Opfer» zu beleuchten: Wie ernst nimmt Bundesbern selbst die Problematik? Der Staat könnte Remedur schaffen, delegiert aber das Problem an Gerichte, deren Kuscherurteile das Bleiberecht der Täter erst zementieren.

Ich stellte Recherchefragen an das «Departement Volkswirtschaft und Inneres» des Kantons Aargau, wo geduldete Trickbetrüger hochaktiv sind: «Warum erteilt man ihnen Aufenthaltsbewilligungen?»

Nichtssagende Pauschalantwort

Die Antwort zeugt von parentiefem Desinteresse: «Wir nehmen den Bereich der Telefonbetrüger und dergleichen absolut ernst. In Berichten und Sozial-Medienbeiträgen warnen wir die Bevölkerung: Vorfälle sind «gegenzuprüfen und niederschwellig» (das heisst?) der Polizei zu melden.»

Aha. Die 80-jährige Schweizer Seniorin bewegt als vorgesehene Opfer im eloquenten Überzeugungsdialog den Straftäter am Telefon, zuzuwarten, bis die Polizei Zeit hat?

Kein Anschluss unter dieser Nummer

Naheliegender, dass der Schreibende vom SEM Auskunft einforderte. Doch wer die entsprechende Telefonnummer anwählt, wird via Tonband viersprachig abgewimmelt. Wer trotzdem dranbleibt, fliegt nach ca. 15 Sekunden raus – wohl der berühmte «service public»?

Das SEM-Gesamtdienstleistungspaket kostet den Steuerzahler im 2024 etwa 3,6 Milliarden Franken. Ans Telefon gehen – das liegt offenbar nicht mehr drin ...

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch

Importierter Antisemitismus

Unzensuriert



Der Vorfall macht fassungslos: Vergangenen Samstag stach in Zürich ein 15-jähriger Jugendlicher mehrfach mit einem Messer auf einen orthodoxen Juden ein und verletzte ihn schwer. Mutige Anwesende verhinderten Schlimmeres. Die Attacke war islamistisch motiviert, gemäss einem Bekennervideo nannte sich der mutmassliche Täter «Ahmed al-Dabbah» (d.h. in etwa «Ahmed das Biest»). Er kündigte ausserdem an, eine Synagoge zu stürmen und dann «alle Ungläubigen draussen abzuschlachten». Der Zürcher Regierungspräsident Mario Fehr spricht von einem Terroranschlag.

Konkrete politische Schlussfolgerungen bereits einige Tage nach dem Vorfall zu ziehen, kann vorschnell sein. Fragen dürfen aber aufgeworfen werden: Wie erfolgte die Radikalisierung des offenbar seit Kindesjahren eingebürgerten mutmasslichen Täters? Wird das relativ milde Sanktionensystem des Schweizer Jugendstrafrechts derartigen Fällen gerecht?

Klar ist, dass wir Schweizer solche Gewaltorgien bislang vor allem aus der Zeitungslektüre über das Ausland kennen, etwa über Vorfälle in französischen Vorstädten. Dass

antisemitische Übergriffe zunehmen, ist im In- und Ausland jedoch seit Wochen festzustellen. Ein Grund hierfür sind die Terroranschläge der Hamas vom 7. Oktober 2023, die auch hierzulande eine Enthemmung bewirkt haben. Kürzlich hat z.B. die Westschweizer Fachstelle gegen Antisemitismus und Diffamierung (Cicad) Zahlen veröffentlicht, wonach in der Westschweiz 2023 antisemitisch motivierte Vorfälle um 68% zugenommen hätten; fast die Hälfte davon hat sich nach dem 7. Oktober ereignet.

Jonathan Kreutner, Generalsekretär des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds, hält fest, dass Urheber antisemitischer Vorfälle aus allen Milieus stammen, macht aber auch klar: «Beim aktuellen Trigger Nahost sind jedoch Islamisten und Linksextreme stärker vertreten als in anderen Perioden».

Antisemitismus wurde bislang primär als Gefahr gesehen, die von Rechtsextremen ausgeht. Diese gibt es in der Tat. Zu wenig wahrgenommen wurde dagegen der Antisemitismus von islamistischer Seite, oft von Menschen mit Migrationshintergrund. Diesen importiertem Antisemitismus in Zeiten der Woke-Bewegung zu benennen, mag politisch inkorrekt sein. Ihn weiterhin zu unterschätzen oder gar zu tabuisieren, erschiene dagegen verantwortungslos.

Patrick Freudiger

Der
Geheimtipp
auf Haldi b. Schattdorf!

Heimat
berghaus-heimat.ch

Berghaus Heimat
Ursula und Karl Muheim
Haldistrasse 60
6469 Haldi



Planen Sie ein Seminar, ein Familienfest oder einen Urlaub in der Ur-Schweiz?

Unser heimeliges Gasthaus bietet:

- Raum ab 10 bis 40 Personen
- sorgfältig zubereitete Speisen
- Idyllische Zimmer und gepflegtes Matratzenlager

Unser idyllisches Ferienhaus bietet:

- Raum für 1 – 8 Personen
- Piano im Haus
- herrliche Wandermöglichkeiten



Singen und Jodeln Freitag, 19. April bis Sonntag, 21. April 2024

Trauen Sie sich? Mit der Freude am Gesang, an schönen und tief sinnigen Texten und in einer fröhlichen, humorvollen Atmosphäre bestimmt!

Atemgymnastik für den Alltag Freitag, 14. Juni bis Sonntag, 16. Juni 2024

Die Atmung bildet eine feine Brücke zwischen innen und aussen. Lernen Sie diesen unschätzbaren Lebensbegleiter besser kennen und nutzen.

Musik und Bewegung Freitag, 25. Oktober bis Sonntag, 27. Oktober 2024

Eine Verbindung zwischen Atemgymnastik und Tanz als kreativer Impuls für den Alltag.

Anmeldung unter info@berghaus-heimat.ch / Tel: 079 424 95 21

Kursprogramm
2024

Weitere Informationen finden Sie unter: www.berghaus-heimat.ch

Absurder Beschluss von Mitte-links

Asyl-Schlaraffenland Schweiz

von Hans-Peter Amrein, alt Kantonsrat, Küsnacht ZH

Eine linke Mehrheit des Zürcher Kantonsrates hat beschlossen, auf Wartefristen für Stipendien an weggewiesene Asylmigranten zu verzichten und das Asyl-Schlaraffenland Schweiz weiter auszubauen.



Der Zürcher Kantonsrat hat mit 95 gegen 76 Stimmen eine Parlamentarische Initiative (PI) von Jasmin Pokerschnig (Alternative Liste) gutgeheissen, welche verlangt, dass bei vorläufig Aufgenommenen (Ausweis F) auf Wartefristen für Stipendien verzichtet wird. Gegen die PI stimmten einzig die Fraktionen von SVP und FDP. Hingegen unterstützten SP, GLP, Grüne, die Mitte, EVP und AL die Initiative geschlossen. Gegen diesen Beschluss hat die SVP-Fraktion das Behördenreferendum ergriffen, sodass es nun zu einer Volksabstimmung kommt. Fraktionsintern soll es bei der FDP grössere Diskussionen gegeben haben. Ob die FDP des Kantons Zürich die Nein-Parole für die Volksabstimmung fasst, wird sich an der Delegiertenversammlung der Partei zeigen.

Den Vogel in der Ratsdebatte abgeschossen hat SP-Kantonsrätin Qendresa Sadriu-Hoxha, Studentin für Soziale Arbeit (Jahrgang 94!) an der ZHAW (Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften) aus Meilen. Die Dame hat offensichtlich den Sinn der in unserem Lande gelebten Integration noch nicht ganz verstanden. Sie argumentierte: «Personen mit Status F sind grundsätzlich oder mehrheitlich gekommen, um zu bleiben. Und dann ist es nur recht, dass sie auch eine Ausbildung machen können und dürfen.» – «Der Sinn des Status F ist nicht die Integration, sondern dass diese Leute bei ersterbesten Gelegenheit den Heimweg antreten», hat darauf Kantonsrat Marc Bourgeois, FDP, klargestellt.

Interessant ist die Haltung der (sichtlich amtsmüden) Bildungsdirektorin Dr. Silvia Steiner. Sie zeigte sich offen, auf den Wegfall der Wartezeit von fünf Jahren für derartige Stipendien zu verzichten. Nur fünf Prozent – rund 290 Leute – der Zürcher Stipendianten seien derzeit vorläufig Aufgenommene. Ihnen die Wartezeiten zu erlassen, so Steiner, hätte Kosten von 3–4 Millionen Franken zur Folge, wobei ein Gutteil davon durch Einsparungen bei den Sozialkosten kompensiert würden.

Diese Haltung der Bildungsdirektorin ist verwerflich und nicht nachvollziehbar. Die Gemeinden erhalten vom Bund pro Flüchtling (auch für abgewiesene Asylmigranten) eine jährliche Integrationspauschale von 18'000 Franken. Dazu kommen noch Gelder aus den kantonalen Integrationspauschalen (KIP) des Bundes. Genau diese Gelder sind auch als Zuschüsse an Ausbildungskosten gedacht.

Vorläufig Aufgenommene sind Personen, die aus der Schweiz weggewiesen wurden, wobei sich aber der Vollzug der Wegweisung als unzulässig (Verstoss gegen Völkerrecht), unzumutbar (Gefährdung des Ausländers) oder unmöglich (vollzugstechnische Gründe) erwiesen hat. Die vorläufige Aufnahme stellt demnach eine Ersatzmassnahme dar; sie kann für zwölf Monate verfügt und vom Aufenthaltskanton um jeweils zwölf Monate verlängert werden. (Staatssekretariat für Migration, SEM)

Gegen die Aufhebung der Wartezeit spricht auch, dass Personen mit Asylstatus F bessergestellt würden als Schweizer Antragsteller, welche aufgrund der Prüfung ihrer finanziellen Situation mit bis zu einem Jahr Wartezeit rechnen müssen. Und so sicher wie das Amen in der Kirche ist, dass begünstigte Personen mit Status F nie mehr in ihr Herkunftsland zurückkehren – selbst dann nicht, wenn die Umstände es wieder zulassen würden. Der Kanton Zürich darf nicht noch attraktiver für abgewiesene Asylmigranten werden. Die Zürcherinnen und Zürcher haben dazu das letzte Wort!

Hans-Peter Amrein

«Es sagte»... Wettbewerb **LÖSUNG!**

Wir fragten, von welcher Persönlichkeit die folgende Aussage stamme:

<<DIE SOZIALISTISCHEN EXPERIMENTE HABEN DEN HALBEN GLOBUS VERWÜSTET; SIE WERDEN NICHT BESSER, WENN MAN SIE GRÜN ANSTREICHT>>

Als Antwort standen zur Verfügung:

- A** Thilo Sarrazin, Autor des Bestsellers «Deutschland schafft sich ab»;
- B** Frau Alice Weidel, Co-Präsidentin der AfD (Alternative für Deutschland);
- C** Roland Tichy, Herausgeber des die rotgrüne Ampel-Koalition scharf kritisierenden Monatsmagazins «Tichys Einblick»;
- D** Franz Josef Strauss (1915–1988), seinerzeit legendärer Chef der bayerischen CSU.

Die richtige Lösung:

- C** Tatsächlich: Alle vier hier aufgeführten Persönlichkeiten haben ähnliche Standpunkte bereits eingenommen. Der Satz, den wir vorgestellt haben, wurde von Roland Tichy, Herausgeber des Monatsmagazins «Tichys Einblick», formuliert. Seit einigen Monaten steht die Schweizerzeit mit Roland Tichy regelmässig in Kontakt. Seine Informationen zu den Vorgängen in Deutschland erachten wir als unverzichtbar.

Das Sanierungs- und Abwicklungsgesetz (SAG) hat gravierende Folgen

Die legale Enteignung

von Josef Schöftenhuber, Geschäftsführer der Active SYNERGIE CONSULTING LTD. mit Sitz in Liechtenstein

Das Sanierungs- und Abwicklungsgesetz für Banken geht auf ein EU-Diktat zurück und stellt einen einzigartigen Eingriff in die deutsche Rechtsordnung dar. Wesentliche Teile des bürgerlichen Rechts und des Handelsrechts werden damit ausser Kraft gesetzt. Auch das Grundrecht auf Eigentum wird mit Füßen getreten. Gemäss Grundgesetz Art. 14 ist zwar eine Enteignung zum Wohl der Allgemeinheit zulässig, nicht aber zum Wohl von Banken.



Das Gesetz ist vollkommen «leise» und ohne grosse Medienbekanntmachung schon am 1.1.2015 in Kraft getreten. Die Verabschiedung im Deutschen Bundestag erfolgte vor annähernd leerem Plenum und zu fortgeschrittener Stunde. Der damalige Bundestagspräsident, Norbert Lammert, sagte bei der Verabschiedung des Gesetzes am 10.12.2014: «Es besteht ein Interesse des Staates, dieses Gesetz möglichst geheim zu halten.»

Der Kunde soll's richten

Bei der letzten Weltwirtschaftskrise im Jahre 2008 mussten weltweit billionenschwere Pakete zur Rettung von Banken und Versicherungsgesellschaften geschnürt werden, um den Kollaps des gesamten Finanzsystems zu verhindern. Die deutsche Bundesregierung musste damals milliardenschwere Garantien abgeben und Milliarden an Steuergeldern in marode Banken (Hypo Real Estate, Commerzbank, IKB usw.) stecken, um diese vor der Pleite zu retten.

Ähnliche Aktionen mussten für die Zukunft unbedingt verhindert werden, da solche Massnahmen ganze Staaten, die allesamt hoch verschuldet sind, in den sicheren Ruin treiben würden.

Oberste Zielsetzung war somit: Nie wieder Bankenrettung durch Steuergelder (Bail-out), sondern durch die Bankkunden (Bail-in)! Mit dem SAG wurde diese Zielsetzung realisiert. Die vollständige Enteignung der Kontoguthaben – zur Rettung notleidender Banken – wurde damit besiegelt. Eine zukünftige Bankenrettung erfolgt somit durch die Bankkunden und nicht mehr durch den Staat über Steuergelder wie noch 2008.

Unter dem Siegel der Verschwiegenheit

Trotz der enormen Tragweite dieses Gesetzes für jeden einzelnen Bankkunden sind darüber kaum brauchbare Informationen zu finden. Dies ist wohl dem Paragraphen 5 SAG geschuldet, demzufolge alle Funktionsträger über das Abwicklungsverfahren dieses Gesetzes Stillschweigen zu bewahren haben. Eine Bekanntmachung durch die Medien würde das Vertrauen in die Banken schlagartig zerstören und unmittelbar einen Bankrun auslösen.

Hier einige «Highlights» des SAG:

- Der Paragraph 89 des SAG ermöglicht es dem Staat, bei drohender Insolvenz einer systemrelevanten Bank alle Aktien und Konten der betroffenen Bank teilweise zu entwerten oder sogar vollständig auf null zu setzen. Dies gilt auch präventiv, wenn nur der Verdacht einer finanziellen Schieflage besteht. Es gibt keine rechtlichen Gegenmittel gegen diese Entscheidung. Selbst wenn sich die Bank später erholt, besteht kein Anspruch auf Rückerstattung. Diese legale Enteignung ist dauerhaft.
- Die Überwachung von Banken erfolgt durch die «Erste Abwicklungsanstalt», eine Unterabteilung der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung.
- Ihre Bank muss für den Tag X so viel als möglich «berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten» vorhalten, also dafür Sorge tragen, dass Sie ihr Geld auf der Bank belassen, damit die Enteignung nicht ins Leere läuft. Die Europäische Bankenaufsicht kann den Banken die Höhe der berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten vorgeben. Die Banken werden durch dieses Gesetz faktisch gezwungen, Kunden nicht mehr in erster Linie zu suchen und zu beraten, um mit ihnen normale Bankgeschäfte zu betreiben, sondern um «berücksichtigungsfähige Kunden» einzufangen, deren Guthaben dann für die Schulden der Bank haften.

Jeder Euro auf der Bank ist juristisch gesehen nicht mehr Eigentum des Kunden, sondern Eigentum der Bank. Sie geben somit der Bank einen komplett unbesicherten Kredit, den Sie bei Schieflage der Bank nicht mehr wiederbekommen.

- Das SAG gewährt eine Haftungsbeschränkung für Beamte und Angestellte, deren Behörden Aufgaben nach diesem Gesetz wahrzunehmen haben.
- Folgende Konten werden zur Rettung der Banken herangezogen: Privatkonten, Firmenkonten (auch nicht ausgeschöpfte Kontokorrentrahmen), geparkte Liquidität auf Wertpapierkonten, Notar- und Rechtsanwaltsanderkonten, Konten der Insolvenzverwalter, Konten der Lebensversicherungsunternehmen, Konten der gesetzlichen Rentenversicherung, Konten der gesetzlichen Krankenversicherungen und Konten der Finanzbehörden.

Weniger als 1 Prozent

Dieses Gesetz stellt somit einen fundamentalen Eingriff, genauer Angriff auf die Eigentumsrechte und auf die deutsche Realwirtschaft dar. Bei Umsetzung wird dies katastrophale Folgen für jeden einzelnen Bankkunden und für den Standort Deutschland nach sich ziehen.

Viele Banken werben noch mit der Sicherheit der Bankguthaben bis 100'000 Euro durch die Einlagensicherung. Bei den zu erwartenden grösseren Verwerfungen im Bankensystem wird man sehr schnell feststellen, dass dem Einlagensicherungsfonds nur ein Bruchteil der benötigten Summe zur Verfügung steht. Gemäss dem Stand 2023 sind es nach der Kapitalausstattung des Einlagensicherungsfonds aber nur ca. 0,4% – bezogen auf alle Einlagen bei deutschen Banken! Das heisst: Für einen Betrag von 100'000 Euro stehen lediglich ca. 400 Euro als Deckung zur Verfügung. Laut einer EU-Richtlinie aus dem Jahr 2014 sollen die einzelnen Länder verpflichtet werden, den Einlagensicherungsfonds bis 2024 mit 0,8% Deckung zu hinterlegen, also dann 800 Euro pro 100'000 Euro Einlage. Ob diese Richtlinie tatsächlich umgesetzt wurde, ist unbekannt. Die Banken haben aktuell andere Probleme.

Zudem sagen die Statuten des Einlagensicherungsfonds, Paragraph 6 Abs. 19: «Ein Rechtsanspruch auf ein Eingreifen oder auf Leistungen des Einlagensicherungsfonds besteht nicht.» Also ein wohldurchdachtes Konstrukt, ohne jegliche Rechtssicherheit für die Betroffenen.

Die «Werbebriefe» der Banken, mit denen diese ihren Kunden eine Scheinsicherheit für Einlagen bis 100'000

Euro suggerieren, dienen in erster Linie dazu, einen Bankrun zu verhindern – denn ein solcher würde Bankern und Politikern das Blut in den Adern gefrieren lassen.

Massnahmen und Fazit

Für Private und für Unternehmen erscheinen vor diesem Hintergrund folgende Massnahmen sinnvoll:

- Reduzierung der Bankguthaben auf ein Minimum von drei Monatsausgaben,
- Auslagerung von Vermögen aus dem EU-Haftungsbereich (z. B. in die Schweiz),
- Firmenkonten aus dem EU-Haftungsbereich auslagern, da selbst gut laufende Unternehmen vernichtet werden, wenn das Bankguthaben geplündert wird,
- Überprüfung und haftungsbefreiende Umstellung aller Verträge zur betrieblichen Altersvorsorge in Unternehmen, da die Haftung für die zugesagten Leistungen zu 100% beim Unternehmen liegt, das bei Ausfall des Versicherungsunternehmens die gesamten Auszahlungen zu erbringen hat,
- Grundsätzliche Umwandlung von Papiergeldanlagen in Sachwerte (Gold, Silber usw.), um einen Totalverlust zu vermeiden und Vermögen zu sichern.

Josef Schöftenhuber

Josef Schöftenhuber ist Geschäftsführer der Active SYNERGIE CONSULTING LTD. mit Sitz in Liechtenstein, welche mit ihrem Spezialistenteam in Bezug auf länderübergreifenden Vermögensschutz berät. Informationen unter: www.asconsulting.li

(Erstabdruck des Artikels in «Smart Investor», Heft 12/24, München)

Linke wollen die Polizei abschaffen



Westafrikaner dominieren den Drogenhandel in der Schweiz. Natürlich nimmt die Polizei vermehrt Westafrikaner «aus dem Verkehr». Die Linken nennen dies fälscherweise «Racial Profiling». Damit wird der Polizei unterstellt, sie handele aus rassistischen Motiven. Dieser Vorwurf wird auch bei der polizeilichen Personenkontrolle von Mohamed Wa Baile aus dem Jahr 2015 in den Raum gestellt. Alle Schweizer Instanzen bis zum Bundesgericht erachten die damalige Personenkontrolle jedoch als rechtmässig. Doch fremde Richter in Strassburg verurteilen die Schweiz nun dafür. Diese unsachliche Einmischung in innerstaatliche Angelegenheiten ist ein Skandal und gefährdet unsere Sicherheit.

Was die wahren Absichten hinter der linken Kampagne gegen die Polizei sind, zeigt der Blick in die Stadt Zürich: Das Stadtparlament kann grossen Einfluss auf die Polizeiarbeit nehmen. Und im Gemeinderat sitzen Politiker, die sich zur Antifa bekennen. Die linksradikale Antifa hasst die Polizei, will sie schwächen und abschaffen. Der

Hinter feindlichen Linien

Vorwurf des Racial Profiling eignet sich bestens dazu, die Polizisten ungerechtfertigt zu beschmutzen und ihre Arbeit massiv zu behindern. Die Antifa-nahe Alternative Liste (AL) hat zum Beispiel eine parlamentarische Initiative eingereicht, die fordert, dass die Polizei bei jeder Personenkontrolle eine Quittung mit dem genauen Grund ausstellen muss. Muss die Polizei bei jeder Personenkontrolle eines Ausländers befürchten, dem Rassismus-Vorwurf ausgesetzt zu sein, wird sie nicht mehr richtig arbeiten können. Und genau das ist das Ziel der radikalisierten Linken.

Die Polizei ist nicht rassistisch motiviert. Sie geht gegen Menschenhändler, Drogendealer und andere Verbrecher vor. Und Ausländer sind bei vielen Straftaten nun halt mal überproportional vertreten. Hoffentlich behält die Polizei die Augen weiterhin offen und greift, wenn nötig, ein. Wir als Gesellschaft brauchen eine gut funktionierende Polizei. Denn ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit. Fremde Richter, die unsere Sicherheit gefährden, können uns jedoch gestohlen bleiben.

Samuel Balsiger

Samuel Balsiger ist Gemeinderat und Fraktionspräsident in der Stadt Zürich. In seiner Kolumne schreibt er über die Irrungen der linken Politik.

WIRTSCHAFT ZUM HÄHLI



gut bürgerliche Küche
österreichische Spezialitäten
hausgemachte Desserts

gemütliche Gaststube
Säli für bis zu 20 Gäste
Wintergarten für bis zu 30 Personen

Wir haben vom Dienstag bis Freitag für Sie geöffnet.
Gruppen-Anlässe auch ausserhalb der Öffnungszeiten möglich.
Evelyn Weyermann und Team freuen sich auf Ihren Besuch!



www.haehli-thoerishaus.ch

Freiburgstrasse 850 • 3174 Thörishaus • Tel. 031 901 30 30 • info@haehli-thoerishaus.ch

100 Jahre S+samariter

Samariterversammlung Bern
www.berniersamariter.ch

Mit unserem «Samariter-Atlas» bieten wir Ihnen Informatives zu Themen wie Pilze, Kräuter, Gewürze, Obst und Gemüse. Entdecken Sie leckere Rezepte, vielseitige Anwendungsbereiche und lassen Sie sich zu passenden Ausflugs-Tipps inspirieren.

Die Atlanten umfassen jeweils 74 Seiten und sind zum Preis von 10 Franken pro Exemplar erhältlich.



neuste
Ausgabe!



Ich bestelle folgende Samariter-Atlanten mit zahlreichen Rezepten, Ausflugsstipps und lehrreichen Informationen:

- _____ Expl. «Kern- und Steinobst»
_____ Expl. «Kräuter und Gewürze»
_____ Expl. «Chrut und Rüepli – Alles über Gemüse»
_____ Expl. «Hut ab! Alles über Pilze»
_____ Expl. «Wo der Pfeffer wächst – Reise durch die Welt der Gewürze»

Vorname, Name _____

Adresse _____

PLZ, Ort _____

Tel./E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

Talon einsenden an: **Berner Samariter, Niederbottigenweg 101, 3018 Bern**
Tel. 031 981 34 40, Fax 031 981 41 61, E-Mail samariter@gmx.ch

**Schweiz mit dem brandgefährlichen
EU-Unterwerfungsvertrag zerstören?**

Niemals!

- NEIN zum Ausplünderungsvertrag
- NEIN zum Unterwerfungsvertrag
- NEIN zum Knechtungsvertrag

NEIN zur «Paketlösung» mit der EU

Der EU-Unterw

Akute Bedrohung

Der EU-Unterwerfungsvertrag zerstört unsere Direkte Demokratie

In wichtigsten Sachbereichen muss sich die Schweiz der Befehlsgewalt Brüssels unterziehen:
Masseneinwanderung, Asylrecht, Ausländerkriminalität, Mehrwertsteuer, Wirtschaftsregulierung,
Währungspolitik, Finanzhaushalt, Arbeitsrecht, Transitverkehr, Energieversorgung, Gesundheitspolitik usw.

Brüssel befiehlt allein. Die Schweizer Stimmbürger werden entrechtet. Widersetzt sich die Schweiz, darf
Brüssel Sanktionen, also Strafmassnahmen gegen die Schweiz erlassen. Die Direkte Demokratie wird ermordet.

Was heisst Einschnürung ins EU-Paket?

Jeder Vertrag hält immer nur allgemeine Regeln fest. Umsetzung und Anwendung können jederzeit zu
Meinungsverschiedenheiten führen. In der Regel entscheidet dann ein von beiden Seiten gleichberechtigt
zusammengesetztes Schiedsgericht.

Nicht so bei EU-Verträgen: Meinungsverschiedenheiten zwischen Brüssel und Bern werden gemäss
geplantem Paketvertrag allein vom EU-Gerichtshof (also vom Gericht der Gegenseite) bereinigt –
abschliessend, ohne jedes Rekursrecht.

Pariert die Schweiz nicht, erlässt Brüssel Strafmassnahmen. Dagegen kann die Schweiz zwar ein
Schiedsgericht anrufen. Aber auch dieses EU-Schiedsgericht darf nur vorschlagen, was der
EU-Gerichtshof zuvor genehmigt hat.

Damit nicht genug: Brüssel darf gemäss Paketvertrag auch zu früheren Entscheidungen der Schweiz
rückwirkend (und unter Androhung von Strafmassnahmen) Korrekturen oder gar die Aufhebung verlangen.
So könnte Brüssel zum Beispiel den Schweizer Volksentscheid vom 9. Februar 2014 gegen die
Masseneinwanderung nachträglich als Verstoss gegen die Personenfreizügigkeit anprangern – und seine
Streichung verlangen.

Die Schweiz wäre machtloses Opfer der Brüsseler Willkür !

NEIN zum Knecht

erfungsvertrag: g für unser Land

Masseneinwanderung:

EU entmachtet die Schweiz

Die Bundesratsmehrheit erklärt sich auf Forderungen Brüssels bereit, mit dem «Paketvertrag» ihre gesamte Verantwortung für Einwanderung, Einbürgerung und Asylerteilung an Brüssel abzutreten.

Uneingeschränkte Personenfreizügigkeit für alle, welche die – schlecht geschützte – EU-Aussengrenze überschritten haben, wäre die unausweichliche Folge. Eigenständige Kontrolle der Landesgrenze würde der Schweiz ebenso verunmöglicht wie die Ausweisung schwerkrimineller ausländischer Gewalt- und Sexualstraftäter (von Volk und Ständen dem Bundesrat per Volksabstimmung ausdrücklich aufgetragen).

Folgende «EU-Geschenke» wären der Schweiz sicher:

Ungehinderte Masseneinwanderung, weitere Zunahme schwerer Ausländerkriminalität. Masseneinbürgerungen ohne Ende, schrankenlose Ausbeutung unserer Sozialwerke.

Die Schweizerinnen und Schweizer würden im eigenen Land bald zur Minderheit – zur entrechteten Minderheit!

Der «Paketvertrag» wäre das Ende der eigenständigen Schweiz.

chtungsvertrag



«Wir brauchen diese EU-Verträge nicht. Das sage ich Ihnen als Industrieller. Das Ganze wird vorangetrieben durch die EU und unsere Classe politique. Die EU will Geld, Geld, Geld – und die Classe politique will die lästigen Volksabstimmungen und das Kantonsmehr beseitigen!»

Christoph Blocher, ehem. Bundesrat, Sonntags-Zeitung, 14. Januar 2024

Die EU will Geld

Die EU ist rettungslos überschuldet. Die EU-Nordländer, vor allem Deutschland, mussten hunderte Milliarden Rettungsgeld in den Süden pumpen, so dass auch sie heute in den Schulden ertrinken.

Die EU verlangt von der Schweiz Jahresbeiträge – hohe Jahresbeiträge. Sie nennt den Betrag aber erst, wenn die Schweiz den Paketvertrag unterschrieben hat. Norwegen (EWR-Mitglied) zahlt heute 900 Millionen Euro Jahresbeitrag nach Brüssel. Sein Bruttoinland-Produkt ist halb so gross wie dasjenige der Schweiz.

Im Klartext: Die EU wird der Schweiz mit dem Paketvertrag einen Jahresbeitrag von bestimmt zwei Milliarden Euro abknöpfen. Und Brüssels Geldhunger wird damit nicht gestillt sein.



Ausplünderungsvertrag

NEIN

Informationsmaterial bestellen

Per Post:

Name / Vorname

Strasse, Nr.

PLZ, Wohnort

E-Mail

Telefon

- Einen Einzahlungsschein für Spende
- (Anzahl) Exemplare des Sonderdrucks
«EU-Unterwerfungsvertrag»
- Eine Schweizerzeit zur Probe

Schweizerzeit, Postfach 54, 8416 Flaach (ZH), Tel. 052 301 31 00
info@schweizerzeit.ch

Zehn Jahre Volks-Ja zur Masseneinwanderungs-Initiative

«Jeder Quadratmeter zählt!»

Anian Liebrand, Inhaber Politagentur.ch GmbH, Ruswil LU

Der Wahnsinn nimmt kein Ende: Wie im Februar vermeldet wurde, sind 2023 erneut mehr Menschen in die Schweiz ein- als ausgewandert als im Vorjahr. Der Wanderungssaldo ist auf einen Wert von 98'851 Personen gestiegen – was einer Zunahme von 26,4 Prozent gegenüber der Nettozuwanderung von 2022 (78'194 Personen) entspricht.



Über die unzähligen negativen Folgen der anhaltenden Masseneinwanderung schreiben wir seit einer gefühlten Ewigkeit. Und obwohl der Souverän vor zehn Jahren (am 9. Februar 2014) mit seinem Ja zur SVP-Volksinitiative gegen Masseneinwanderung die Reissleine gezogen hat, nähern wir uns der 10-Millionen-Schweiz seither in grossen Schritten.

Allein von 2010 bis 2023 betrug die Nettozuwanderung fast eine Million. Weil die extremen Auswirkungen – Identitätsverlust, verstopfte Strassen und Züge, Niveau-sinkflug in den Schulen – von den Kartellparteien und den Mainstream-Medien noch immer weitgehend verschwiegen werden, ist es umso wichtiger, dass die Nachhaltigkeits-Initiative der SVP bald zustande kommt!

Der mediale Katzenjammer beschränkt sich derweil höchstens ein bisschen auf die sich zuspitzende Wohnungsnot. Dass in der Schweiz derzeit so wenige Wohnungen gebaut werden wie zuletzt im Jahr 2012, ist für sie «rätselhaft» (CH Media). Dabei muss man beileibe kein Journalist sein, um die wahren Gründe zu errahnen:

Wenn immer mehr Menschen in ein Land strömen, immer mehr Landflächen bereits verbaut sind, der zur Verfügung stehende Boden nicht grösser wird und die Politik mit bürokratischen Hürden und Raumplanungsvorschriften das Bauen mehr und mehr erschwert, ist es nicht unbedingt ein Weltwunder, dass die Bautätigkeiten irgendwann rückläufig werden ...

Masseneinwanderung und Wohnungsnot

Zwischen 2012 und 2021 wurden in der Schweiz rund eine halbe Million neuer Wohnungen erstellt. Das sind mehr als zehn Prozent des aktuellen Wohnungsbestands in der Schweiz. Diese massive Zahl hätte den Wohnungsdruck bedeutend absenken können, wurde aber weitgehend wieder von der Masseneinwanderung «weggefressen»! Doch für die Linken ist das Offensichtliche keineswegs offensichtlich. Statt die unkontrollierte Masseneinwanderung als unbestreitbaren Treiber der Wohnungsknappheit zu anerkennen, haben sie andere «Schuldige» ausgemacht. Schuld seien Herr und Frau Schweizer, die sich erfreuen, mit ihrem hart erarbeiteten Geld auf mehr Quadratmetern zu wohnen, als man bereit ist, ihnen zuzugestehen. Dieser «Individualisierungstrend» (wonach sich

heute eine grössere Wohnung nimmt, wer es sich leisten kann) sei laut «Republik» zu rund einem Viertel dafür verantwortlich, dass es in der Schweiz zu wenig Wohnraum gibt. Vor allem die ältere Generation wird zum Sündenbock gestempelt – denn ein Seniorenhaushalt beansprucht durchschnittlich 71,2 Quadratmeter Wohnfläche pro Person, während der Durchschnitt über die Gesamtbevölkerung bei 46,6 Quadratmetern liegt.

Linker Regulierungsfetisch

Statt den Hebel bei der Masseneinwanderung anzusetzen, versteigt sich die Linke – ganz in ihrem sozialistischen Fetisch gefangen – zur Forderung, die jedem Einwohner zur Verfügung stehende Wohnfläche regulieren zu wollen. Wer alleine wohnt oder sich ein geräumiges Haus erspart hat, das auch nach dem Auszug der Kinder weiter bewohnt wird, wird zum «Wohnungssünder» verklärt! Wer sein Vermögen in der Privatwirtschaft – und nicht im lukrativen Beamtenapparat – erwirtschaftet hat, ist der linken Schickeria, oft bequemstens in subventioniertem städtischem Wohnungsbau hausend, ohnehin suspekt. Man wird doch in jeder Liegenschaft noch mindestens einen Zuwanderer unterbringen können – das Motto: Nicht jeder Rappen zählt, nein: jeder Quadratmeter zählt!

Wenn der Genfer SP-Ständerat Carlo Sommaruga mit einem parlamentarischen Vorstoss Massnahmen fordert, «um das Wachstum der Wohnfläche pro Kopf zu bremsen, zu stoppen oder sogar umzukehren, und dabei eine sozial gerechte Verteilung zu berücksichtigen», ist das brandgefährlich. Solchen Ansätzen liegt steinzeit-kommunistisches Gedankengut zugrunde, welches den einzelnen Menschen auf Schritt und Tritt kontrollieren, erziehen und züchtigen will. Den wahren Treiber der Wohnungsknappheit zu nennen – die unkontrollierte Zuwanderung – davor scheut sich die Linke weiterhin wie der Teufel das Weihwasser.

Anian Liebrand

Churz & Bündig

Asylanten: Man sagte uns landauf landab, es kämen «an Leib und Leben Verfolgte». Ernüchert müssen wir heute feststellen: Es kamen (nicht allein, aber viel zu viele) auch Antisemiten, von denen einzelne auch vor schweren Gewalttaten nicht zurückschrecken. Bei den hiesigen Asylfunktionären ist darob das grosse Schweigen ausgebrochen.

us

Glaubt nach dem Scheitern der gross angekündigten, dann wiederholt verschobenen ukrainischen Gegenoffensive noch irgend jemand ernsthaft daran, das Kriegsziel «Russland zu besiegen» und «Putin zu entmachten» sei realistischweise noch erreichbar?

Jene, die nur allzu genau wissen, dass sie selbst oder ihre Söhne gewiss nicht persönlich in brutale Kämpfe verwickelt werden, dass das Kämpfen und Sterben den Ukrainern allein überlassen werden kann, mögen Forderungen nach Fortsetzung des Kriegs «bis zum Sieg» noch aufrechterhalten. Man ist versucht zu sagen: Sie fordern Kampf bis zum letzten Ukrainer ...

*

Der Krieg ist zum Stellungskrieg erstarrt. Stellungskrieg in Städten: Das bedeutet Häuserkampf! Häuserkampf, der täglich Tote und Verstümmelte zurücklässt. Auf beiden Seiten. Zu Hunderten, zu Tausenden. Und der die Zivilbevölkerung zu tagelangem Existieren in Kellern verurteilt. Denn trotz erstarrter Fronten hält die Zerstörung von Stadtteilen, ja ganzer Städte im Frontgebiet an. Tagsüber von Häuserkampf, nachts von Bomben- und Granathagel heimgesucht. Tag für Tag, Nacht für Nacht.

Der Neutrale fehlt! Derjenige, der auf beiden Seiten hinreichend Besonnene ausmacht, zwischen denen er, frei von jeglichem Eigeninteresse, schliesslich Gespräche anbahnen kann. Ohne zu moralisieren – allein dem

Ziel verpflichtet, dem Töten und dem Zerstören Einhalt zu gebieten.

Beharrlich Exponenten beider Kriegsparteien aufzufordern und zu veranlassen, im Interesse ihrer Völker sich zunächst zu einem Waffenstillstand bereitzuerklären – die zweifellos vorhandenen konfliktschürenden Gegensätze Schritt für Schritt der verbalen Auseinandersetzung entgegenzuführen, auf dass sie am Verhandlungstisch offengelegt und intensiv, schliesslich – dank überlegter Vermittlung – gar lösungsanstrengend diskutiert werden.

*

Welch ein Jammer, dass die seit Jahrzehnten für ihre Neutralität und ihre aus der Neutralität gewachsenen Guten Dienste weltweit geachtete und geschätzte Schweiz ihre Neutralität der widerwärtigen Geltungssucht ihres «Möchtegern-Aussenministers» geopfert hat. Er wurde angetrieben von der Bundesberner Funktionärskaste,

die, nach vermeintlich glänzender (und gutbezahlter) Position auf der Weltbühne lechzend, der zum Stillsitzen verurteilenden Neutralität längst überdrüssig geworden ist. Egoismus diktiert – nicht humanitärer Einsatz zur Konfliktentschärfung.

Die Welt wartet nicht auf ein einseitiges Verurteilungs- und Beschönigungshappening, von dem Ignazio Cassis träumt. Die Welt benötigt einen Neutralen, der abseits vom Scheinwerferlicht, abseits von nach Sensationen lechzenden Medienbeherrschern beharrlich den Ausgleich, die Gesprächsbereitschaft der Zerstrittenen anzubahnen sucht.

*

Aber auch die Medien und ihre Exponenten könnten sich endlich auf ihre Verantwortung besinnen. Und nicht von der einen Partei – die Wirklichkeit verfälschend – bloss Gutes breitschlagen, der anderen – ebenso wirklichkeitsverfälschend – bloss alles Schlechte in die Schuhe zu schieben. Vielmehr gleichsam «sine ira et studio» (ohne eifernd-einseitige Parteinahme) sich anzustrengen, der Wirklichkeit nahezukommen.

Und vor allem: Endlich auch die Vorgeschichte dieses Krieges der Wahrheitssuche auszusetzen. Also offen zu ergründen, welche Aktionen Clinton, Obama und Biden – von den Beratungen Brzezinskis ausgehend – ausgelöst haben und teils noch immer vorantreiben. Es geht dabei keineswegs darum, aus dieser Vorgeschichte heraus Tatsache Gewordenes zu rechtfertigen oder gar zu beschönigen. Es geht aber darum, sowohl die echten, aber auch die vermeintlichen Interessen, die dem blutigen Geschehen in der Ukraine zugrunde liegen, sorgfältig und vollständig blosszulegen. Damit in beharrlichem Bemühen der Weg zu tragfähigem, auf Interessenausgleich beruhendem Kompromiss schliesslich gefunden werden kann.

Schweizerzeit STIFTUNG

Eine Investition für eine freie, unabhängige Schweiz

Die Schweizerzeit-Stiftung ermöglicht dem Verlag «Schweizerzeit» die Realisierung von Publikationen und Informationsanlässen zur Stärkung der Freiheit, der Unabhängigkeit und der Selbstbestimmung der neutralen, eigenständigen und wehrhaften Schweiz.

Sie unterstützen die Schweizerzeit-Stiftung zum Beispiel, indem Sie in Ihrem Testament ein
Legat
an die Schweizerzeit-Stiftung vorsehen.

Oder Sie können als Stiftungs-Gönner dem Schweizerzeit-Club beitreten.

Dürfen wir Sie ausführlicher dokumentieren?

Schweizerzeit-Stiftung

Dr. Ulrich Schlüer, Geschäftsführer

Tel. 052 301 31 00 / Mail: stiftung@schweizerzeit.ch

Denn es darf in der Weltöffentlichkeit nicht vergessen werden: Wird kein tragfähiger Kompromiss gesucht, droht Eskalation. Bereits ist einerseits von Truppenentsendung, andererseits vom Atomwaffeneinsatz die Rede. Wer beides – unkontrollierbare Kriegsausdehnung auslösend – vermeiden will, muss alles daransetzen, den tragfähigen Kompromiss zu suchen und zu finden.

*

Interessenausgleich muss Leitstern sein, wenn unbeherrschbare Eskalation verhindert werden soll. Dazu ist Distanzierung von blossem Moralisieren unabdingbar: Absage der Illusion, man könne im Krieg Gut und Böse strikt voneinander trennen.

Wer solche Forderung zwecks Suche eines Wegs zum Waffenstillstand als unrealistisch oder gar als unmoralisch beurteilt, dem sei das Wirken eines grossen Vorbilds der Gewaltvermeidung in Erinnerung gerufen: Major Max Waibel, Kommandant der gegen Ende des Zweiten Weltkriegs zum Grenzschutz im Tessin stationierten Basler Truppen. Er scheute sich nicht, als der Krieg bereits entschieden war, das Blutvergiessen aber kein Ende nehmen wollte, mit einem wahrhaftigen Schurken, SS-Obergruppenführer Karl Wolff, damals Bevollmächtigter der Deutschen Wehrmacht in Italien, unmittelbar SS-Reichsführer Heinrich Himmler unterstellt, den persönlichen Kontakt zu suchen, als Hitler den Befehl erliess, Oberitalien mit dem Wehrmacht-Rückzug dem Erdboden gleichzumachen, insbesondere die Stadt

Mailand umfassendst zu zerstören. Max Waibel gelang es, den SS-Mann Wolff von der verbrecherischen Sinnlosigkeit dieses Befehls und damit von einem erneuten Kriegsverbrechen abzuhalten.

SS-Offizier Wolff wurde später für von ihm begangene Kriegsverbrechen belangt und verurteilt. In entscheidender Stunde aber konnte er von Max Waibel gewonnen werden, die sinnlose, allein von Rache diktierte Zerstörung Oberitaliens zu unterlassen.

Handelte Waibel etwa unmoralisch, als er das Gespräch mit diesem SS-Schurken suchte? Nicht um dessen Taten zu rechtfertigen, aber um Oberitalien und Mailand die Zerstörung zu ersparen.

Vergleichbare Vermittlung ist auch heute das Gebot der Stunde. Der Neutrale könnte sie herbeiführen. Deplatziert aber ist eine parteiische sog. «Friedenskonferenz», wie sie Cassis zu seiner persönlichen Erhöhung vorschwebt. Die Schweiz muss, belehrt von den tragischen Folgen ihrer Neutralitätspreisgabe, zurückkehren zu jener Politik der immerwährenden, bewaffneten Neutralität, die ihr selbst in schwierigsten Zeiten das Überleben gesichert hat. Und mit der sie der Welt zu dienen in der Lage war, wenn es darum ging, weitere Gewaltexzesse zu vermeiden.

Ulrich Schlüer

Akzent

Der Blinde im Frühling

Er schreitet langsam hin wie alte Frauen
mit welkem, abgewendetem Gesicht.
Kein Strahl das Dunkel seiner Augen bricht.
Er sieht nicht, wie die Wolken Berge bauen.

Die Wälder grünen und die Himmel blauen;
den holden Farbenzauber spürt er nicht.
Und einmal doch wird seine Seele licht:
duftschwere Lüfte hauchen durch die Auen.

Da muß er seine kalten Arme heben
und ist den warmen Winden hingegeben
und duldet die Umarmung selig, stumm.

Und inniger die Lüfte ihn umfächeln
und bringen seinen starren Mund zum Lächeln
und sind ihm wie ein Evangelium.

Karl Stamm (1890–1919)





PEUGEOT

E-308

100% ELECTRIC



FOLGEN SIE DER FASZINATION.

Vollelektrischer Antrieb
Bis zu 409 km Reichweite
PEUGEOT i-Cockpit® 3D

Abgebildetes Modell: PEUGEOT E-308 GT Elektromotor 156 PS, kombinierte CO₂-Emissionen (WLTP): 0g/km; kombinierter Verbrauch (WLTP): 16,2kWh/100 km; Energieeffizienzklasse: A. PEUGEOT empfiehlt Total Energies.



emilfrey.ch

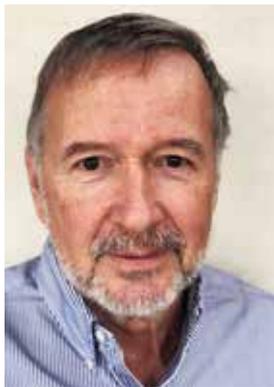


Absurder linker «Zeitgeist»

Die permanente Behinderung der Polizeiarbeit

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Dass die Polizei bei der Veröffentlichung ihrer Pressecommuniqués neben Geschlecht und Alter auch die Nationalität von Festgenommenen und Tatverdächtigen nannte, gehörte über viele Jahre zum Courant normal. Das hat sich leider geändert.



Dass gerade in den links-grün dominierten Städten die Politik daran Anstoss nahm, war nicht weiter verwunderlich. Bei der jeweils jährlich veröffentlichten Kriminalstatistik konnte man noch über die grassierende Ausländerkriminalität hinwegsehen, aber die tägliche Wiederholung dieses Umstandes war für die links-grüne Bubble natürlich ein No-Go.

Als in der Stadt Zürich mit Richard Wolff ein pointiert linker Politiker der Alternativen Liste zum Stadtrat gewählt wurde und das Sicherheitsdepartement übernahm, drehte sich der Wind. Im Jahre 2017 hat Wolff auf Druck des Stadtzürcher Gemeinderats der Stadtpolizei Zürich die Nennung der Nationalität bei Tatverdächtigen verboten. Dies führte dazu, geführt, dass die SVP im Mai 2018 eine Volksinitiative einreichte mit dem Ziel, dass die Täterherkunft und ein allfälliger Migrationshintergrund in den Polizeimeldungen zwingend genannt werden müssen. Der Regierungsrat hat einen Gegenvorschlag ausgearbeitet, welcher in weiten Teilen der SVP-Initiative entsprach, allerdings ohne Erwähnung eines Migrationshintergrundes. Im März 2021 wurde der Gegenvorschlag von den Zürcher Stimmberechtigten angenommen und somit war die aufgezwungene, politisch motivierte Geheimniskrämerei Geschichte.

Erneutes Verbot plus Woke-Hype

Ende letzten Jahres hat die links-grüne Mehrheit des Zürcher Gemeinderates erneut ein Verbot gefordert mit der Begründung, dass die Nennung einer Nationalität in der Schweizerischen Strafprozessordnung nicht gefordert werde und somit der kantonale Volksentscheid nicht zwingend für die Stadt Zürich gelte.

Jetzt hat zum Glück die Oberstaatsanwaltschaft mit einer angepassten Weisung entschieden, dass die Nationalität der Verfahrensbeteiligten genannt werden muss, und zwar verbindlich für die Kantons- und die Stadtpolizei Zürich.

Derzeit amtiert Karin Rykart (Grüne) als Sicherheitsdirektorin; sie hat der Medienstelle verordnet, in ihren Meldungen das unsägliche Gender-Sternchen

zu verwenden. Aktuell kann man über eine Steigerung dieses Woke-Hypes den Kopf schütteln, und die betroffenen Polizeieinheiten sind zu bedauern.

Absurde Entwicklung

In Berlin haben auf einer U-Bahnstation drei Täter mit offensichtlichem Migrationshintergrund einen Mann zusammengeschlagen, ausgeraubt und schwulenfeindlich beleidigt. Die Täter sind auf den Bildern der Überwachungskameras eindeutig als Männer zu erkennen. Aber jetzt kommt's: Die Berliner Polizei fahndet nach drei «männlich gelesenen Personen», da man die Täter nicht fragen könne, ob sie sich auch wirklich als Männer sehen, zumal nach Meinung von Links-Grün das Geschlecht weniger mit Biologie zu tun hat, sondern vielmehr eine Sache der Einstellung ist. Und Täter, die visuell klar als männlich mit Migrationshintergrund erkennbar sind und ein schwules Opfer beleidigen und attackieren, könnten sich selbst als Frau «lesen» (!)

Wer auf einen derart verrückten Gedankengang im Namen der Political Correctness kommt, hat – um es mal salopp auszudrücken – nicht alle Tassen im Schrank. Nach massiver Kritik, auch seitens des eigenen Polizeikorps und der deutschen Polizeigewerkschaft, haben die Verantwortlichen der Berliner Polizei einen «Post» veröffentlicht, in dem sie von Sprachgebrauch und Erwartungen an eine moderne und empathische Polizei sprechen. Da hätte man lieber auf die Veröffentlichung eines solchen Geschwurbels verzichtet. Und jüngst hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) die Schweiz wegen rassistischer Polizeikontrollen gerügt, nachdem ein dunkelhäutiger, hier lebender Mann mit kenianischen Wurzeln in Zürich von der Polizei kontrolliert worden war und die Mitwirkung bei der Kontrolle verweigert hatte. Es ist heute neben unendlich vielen anderen Aspekten eine immense Herausforderung, ein guter Polizist oder eine gute Polizistin zu sein.

Markus Melzl

Churz & Bündig

Am Ende des dritten Quartals 2023 zählte die Schweiz die Rekordzahl von 391'135 Grenzgängern, die regelmässig – teils täglich, teils wöchentlich – über die Grenze in die Schweiz reisen. Demnächst wird erstmals die Marke 400'000 überschritten.

us

pneu 
bösiger
langenthal



IHR KOMPETENTER REIFEN- & AUTOPARTNER IN LANGENTHAL

**PNEUSERVICE | AUTOSERVICE | KLIMASERVICE
AUTOVERKAUF | AUTOVERMIETUNG**

Neben Pneus vom Profi
finden Sie bei uns auch
gepflegte Occasionen und
interessante Neuwagen.



100% 

STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

Kapitulationsurkunde

Der mit viel «Begeisterung» propagierte Paketansatz entpuppt sich als Luftschloss, ja als Mogelpackung, welche die Staatssäulen der Schweiz «EU-beitrittsreif» organisieren will.

Die EU fordert:

- EU-Gerichtshof bleibt bei der Streitbeilegung abschliessende Entscheidungsbehörde.
- Die EU fordert für alle bestehenden und zukünftigen Abkommen die «dynamisch-automatische Übernahme» von neuem EU-Recht.
- Die EU fordert ein diktatorisches Sanktionsregime zur Bestrafung der Schweiz, wenn sich die direkte Demokratie der Schweiz nicht dem EU-Recht beugt.
- Die EU fordert jährliche Netto-Zahlungen von der Schweiz.
- Die EU fordert, dass die Schweiz die Unionsbürgerrichtlinie (UBRL) übernimmt.

(Werner Gartenmann in «Pro Schweiz-Medienmitteilung», 30.01.2024)

Gaza

Einzigartig ist ... die Vererbbarkeit des Flüchtlingsstatus für Palästinenser. Dieses von der UN erfundene

Abwärtsspirale

Nun droht der EU eine vor allem von Deutschland ausgehende wirtschaftliche Abwärtsspirale. Zu den hohen Realeinkommensverlusten in allen EU-Ländern kommen die immer spürbareren Folgen der ökologischen Klimapolitik hinzu. Denn jetzt gewinnt die in Deutschland bislang schleichend voranschreitende Deindustrialisierung wegen der steigenden Energiekosten deutlich an Fahrt.

Zunächst werden sich die Gas- und Strompreise auf einem höheren Niveau einpendeln. Noch schwerwiegender ist zweitens, dass die Aussicht auf weitere spürbare Energiekostensteigerungen insbesondere in Deutschland, aber auch in der gesamten EU, die strategischen Planungen in den Unternehmen dominiert. Schon jetzt haben die energieintensiven Branchen in Deutschland mit mehr als einer Million Beschäftigten, darunter die Chemie- und Stahlindustrie, ihren Kapitalstock gegenüber dem Jahr 2000 um 20 Prozent geschrumpft. Viele einflussreiche Ökonomen sagen ganz offen, dass diese Branchen in Deutschland und Europa keine wirtschaftliche Zukunft haben. Unter den klimapolitischen Prämissen der EU müssten sie früher oder später aufgeben.

(Alexander Horn in «Tichys Einblick» 03/24)

Unikum verunmöglicht auf ewig eine friedliche Lösung. Kein Zweifel, die Vertreibung einer halben Million Araber nach der Gründung von Israel 1948 war Unrecht. So wie die Vertreibung von ebenso vielen Juden aus arabischen Ländern im selben Zeitraum Unrecht war. Oder die Vertreibung von über zehn Millionen Volksdeutschen aus Osteuropa nach 1945.

Während sich die Vertriebenen in Deutschland, Israel und anderswo spätestens in der zweiten oder dritten Generation mit dem Schicksal ihrer Vorfahren arrangierten, blieben die Palästinenser in ihrer Opferrolle gefangen. Statt Gaza als ein Singapur am Mittelmeer erblühen zu lassen, verwandten sie all ihre Ressourcen für einen Rachefeldzug, den sie nicht gewinnen können. Statt einer Metro, die die Menschen verbindet, bauten sie ein 500 Kilometer langes Tunnelnetzwerk des Terrors.

(Alex Baur in «Cato» 2/2024)

EU-Blindflug

Das EU-Verhandlungsmandat überschreitet in jeder Hinsicht rote Linien: Der Bundesrat akzeptiert nicht nur fremde Richter, die automatische Übernahme von EU-Recht und milliardenhohe Tributzahlungen an die EU. Er befindet sich zudem hinsichtlich der zusätzlichen Kosten für unser Land im völligen Blindflug. Dies, obwohl der Bund finanziell bereits am Abgrund steht. Dass die Finanzkommission ihre Aufsichtsfunktion nicht wahrnimmt und das EU-Verhandlungsmandat durchwinkt, ist ein Skandal.

(SVP Schweiz, 19.02.2024)

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das Schweizerzeit-Magazin.

Preis bis Ende 2024: Fr. 60.–

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Mail-Adresse:

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum:

Unterschrift:

Einsenden an: Schweizerzeit, Postfach 54, 8416 Flaach,

Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03

E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

JETZT
MITMACHEN

PRO  LIBERTATE
www.prolibertate.ch

PIKOM 
Parteiunabhängiges Informationskomitee
www.pikom.ch



Die Welt wird unsicherer. Die Kriege in Osteuropa und in Nahost sind prominent in den Medien, aber nicht die einzigen Konflikte. Ein Blick in die jüngere Schweizer Geschichte zeigt deutlich: Auch unser Land muss sich immer wieder aufs Neue auf den Ernstfall vorbereiten. Darum braucht es Investitionen in Mensch und Material – und zwar heute! Unsere Milizarmee schützt alle, unterstützen wir darum unsere Armee!

Oberst Thomas Fuchs, Präsident Vereinigung PRO LIBERTATE

SPEZIAL
ANGEBOT

DVD

VERANTSTALTUNGSHINWEISE



Hauptversammlung der Schweizerischen Vereinigung PRO LIBERTATE und im Anschluss das Gastreferat von **Dr. Patrick Hofstetter**, Dozent für Führung und Kommunikation der Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich: **«Führung in der Krise: Lehren für die Zukunft»**
– Samstag, 16. März 2024, ab 10.30 Uhr im Rest. Schönbühl, Urtenen-Schönbühl



Sicherheitspolitische Fachreferate von **Divisionär aD Peter Regli**, ehemaliger Chef des Schweizer Nachrichtendienstes: **«Die Ukraine, Israel und die Migration – wie weiter?»**
– Donnerstag, 23. Mai 2024, ab 18.45 Uhr im Restaurant Glockenhof, Zürich
– Mittwoch, 16. Oktober 2024, ab 18.45 Uhr in der Kaserne, Bern

Bitte senden Sie mir Infos zu über die Schweizerische Vereinigung **PRO LIBERTATE (www.prolibertate.ch)** zu.

Bitte senden Sie mir Infos zu über das Parteiunabhängige Informationskomitee **PIKOM (www.pikom.ch)** zu.

Ich bestelle! Bitte senden Sie mir*...

_____ Expl. des Buches «Nacht und Licht» (Preis: Fr. 25.–)

_____ Expl. des Buches «Tell wacht» (Preis: 25.–)

_____ Expl. des Buches «Operationsziel Schweiz» (Preis: Fr. 29.–)

Dokumentarfilm «Das Réduit – Geschichte von 1939 bis 1945»
(Preis: Fr. 24.–) _____ Expl. als DVD _____ Expl. als USB-Stick

*Alle Preise zzgl. Porto und Verpackung

[PL240308SZ]

Vorname, Name _____

Adresse _____

PLZ, Ort _____

Tel./E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

Talon ausschneiden und einsenden an:

Thomas Fuchs, PRO LIBERTATE, Niederbottigenweg 101, 3018 Bern
(oder via E-Mail: info@prolibertate.ch oder via Telefon/SMS 079 302 10 09)

Politische Bildung: Die Schule ist gefordert

Volksschule wohin? (Teil 3)

von Prof. Dr. Mario Andreotti, Dozent für Neuere deutsche Literatur, Historiker und Buchautor
(«Eine Kultur schafft sich ab. Beiträge zu Bildung und Sprache», Verlag FormatOst 2019)

Es vergeht kaum ein Monat, in dem nicht ein Beitrag das mangelnde staatskundliche Wissen unserer jungen Generation beklagt. Und in der Tat: Das Wissen um den Aufbau und die Funktionsweise unseres Staates und über die politischen Rechte und Pflichten seiner Bürgerinnen und Bürger ist bei vielen Jugendlichen, wenn überhaupt, nur rudimentär vorhanden.



Dabei hatte der Nationalrat ursprünglich noch vor, Jugendliche schon ab 16 Jahren abstimmen und wählen zu lassen. Inzwischen ist er zurückgekrebst, und er hat das Stimmrechtsalter 16, wie zuvor die vorberatende Kommission, abgelehnt. Neben rechtlichen Gründen dürfte auch die mangelnde politische Reife vieler Jugendlicher für diesen Entscheid eine Rolle gespielt haben.

Staatskunde-Defizit an unseren Schulen

Zwar ist die Notwendigkeit politischer Bildung in unserer halbdirekten Demokratie weitgehend unbestritten, doch wenn es um die schulische Umsetzung geht, fehlt der erforderliche Wille. Der Lehrplan 21 sieht politische Bildung zwar vor, doch explizit im Stundenplan der Sekundarschulen ist das Fach nur in den Kantonen Aargau und Basel-Stadt. In den übrigen Kantonen stellt sich allenfalls die Frage, wie sich das Thema «Politische Bildung» in die anderen Fächer und in die Stundentafeln einbauen lässt. Einige wollen politische Bildung in die Deutschlektionen integrieren, andere in das Sammelfach «Räume, Zeiten, Gesellschaften» und wieder andere in die Sozialkunde.

Klare Lehrziele notwendig

Das aber ist nicht unproblematisch: Integriert man die politische Bildung in ein anderes Fach, so besteht die Gefahr, dass sie verwässert wird. Darum muss politische Bildung auf der Sekundarstufe I als eigenständiges Fach mit einem klaren Bildungsauftrag und ebenso klaren Lernzielen geführt werden. Nur so sind die Lehrpersonen wirklich gehalten, sich mit ihren Klassen den politischen Institutionen unseres Landes, aber auch dem gesellschaftlichen Umgang etwa mit Diskriminierung und Rassismus eingehend zu widmen.

Das Gymnasium, die Sekundarstufe II, eignet sich zur Vermittlung politischer Bildung besonders. Zum einen sind es hier Jugendliche, die unmittelbar vor der Erreichung des Stimm- und Wahlrechts stehen. Und zum andern haben diese Jugendlichen ein Alter erreicht, in dem sie komplexere politische

Sachverhalte und Fragestellungen erfassen können. Politische Bildung deutlich zu stärken war denn ursprünglich auch ein Hauptanliegen der Matura-reform. Nun wird sie im Maturitätsanerkennungs-reglement (MAR) nicht einmal namentlich erwähnt. Erst der neue Rahmenlehrplan, der auf die politische Bildung kurz eingeht, macht sie zu einem verbindlichen Bildungsinhalt. Welcher andere demokratische Staat leistet sich in Sachen politischer Bildung so viel Unschärfe?

Keine Frage: Durch politische Bildung lernen Jugendliche, sich mit den politischen Mechanismen und Institutionen auseinanderzusetzen und sich die Mittel in die Hand zu geben, ihre Entwicklung mitzugestalten. Das bedeutet nichts weniger, als dass Politische Bildung zu einem Schlüsselfach an unseren Schulen werden muss.

Mario Andreotti



Geschichte am Klosterplatz 7
Donnerstag, 21. März 2024, 18.30 Uhr
Kabinett für sentimentale Trivilliteratur
Klosterplatz 7, 4500 Solothurn

Wozu Geschichte in dürftiger Zeit?

Die schleichende Entwertung eines Fachs und ihre Folgen

Henry Dunant? Nie gehört. Tagsatzung? Keine Ahnung. Ulrich Wille? Vielleicht ein Forscher oder etwa der Gründer der Migros? Die Geschichtskennntnisse unserer Jugendlichen nehmen drastisch ab. Daran ist unser Bildungssystem nicht unschuldig, kommt doch das Fach Geschichte an den meisten Schulen zu kurz.

In meinem Vortrag gehe ich zunächst auf die Frage ein, ob es in einer Zeit, die uns mit ihren eigenen Problemen schon voll in Anspruch nimmt, noch angebracht ist, sich mit der Vergangenheit zu befassen. Danach werde ich einige zentrale Gründe nennen, warum Geschichte und Geschichtsunterricht, unter anderem im Zuge der Schulreformen, zunehmend abgewertet wurden. Schliesslich wird aufzuzeigen sein, dass es dringend geboten ist, das Fach Geschichte aufzuwerten, und wie dies gelingen kann.

Lehrpersonen, Eltern und Interessierte sind zum Vortrag herzlich eingeladen. Eintritt frei, Kollekte

Referent: Prof. Dr. Mario Andreotti, Germanist und Historiker, ehem. Gymnasiallehrer und Lehrbeauftragter für Sprach- und Literaturwissenschaft an der Universität St. Gallen. Heute Fachreferent in der Weiterbildung der Lehrkräfte an höheren Schulen. Mitglied u.a. der Jury für den Ravicini-Preis, Solothurn.



Vielfältige SCHWEIZERZEIT- Leserschaft



hf. Ich habe ihn bei meinem ersten Waffenlauf im Jahre 1994 in St. Gallen zum ersten Mal getroffen. Beim Schluss-Aufstieg von der Sitterbrücke Richtung Ziel ist bei mir die Luft so ziemlich draussen. Da überholt mich ein «älterer» Läufer und meint aufmunternd: «So komm jetzt, das schaffen wir noch, Du bist ja bald am Ziel!» Und siehe da: Irgendwie geht es wieder, und wir kommen gemeinsam ins Ziel. «Ich danke Ihnen für die Unterstützung, Sie haben mich gerettet!» sage ich anerkennend. Sogleich erteilt er mir eine Lektion: «Merk Dir eines: Unter Waffenläufern sagt man sich Du – egal, wer man vor sich hat!» Heute steigt der bald 89-Jährige immer noch recht zügig die 48 Treppenstufen zu seiner Wohnung hinauf. Kein Wunder, er hat ja auch 250 Waffenläufe absolviert.

Hans Koch (Motorenstrasse 4, 8005 Zürich)



Geboren 1935 in Galgenen SZ als Unehelicher («damit war man damals bereits abgestempelt»), wächst er in Siebnen bei seinen Grosseltern auf. Aber mit acht Jahren wird er durch die Pro Juventute «verdingt» und verbringt die nächsten Jahre im Kinderheim St. Josef in Grenchen, wo es ihm «recht gut» ergeht. Dann kommt er zu einem Bauern nach Bischofszell im Thurgau und schliesslich für drei Jahre zu einer Bauernfamilie in St. Antoni im Kanton Freiburg. «St. Antoni, das war eine gute Zeit für mich.» Als am Ende der Schulzeit die Berufswahl aktuell wird, wird er trotz Berufsberater, der ihm einfach ein paar Berufswahlbücher mit x Berufen vorlegt, nicht fündig und arbeitet fortan in Beromünster bei einem Maurer als Handlanger. Weil der Maurer keine Meisterprüfung hat, kann Hans Koch dort keine Lehre machen. Dennoch fühlt er sich wohl, weil ihm die Arbeit gefällt und ihn der Chef hin und wieder zu Motorradausfahrten mitnimmt. «Das war für mich echt cool.» Weil seine Mutter inzwischen geheiratet hat, kann Hans Koch nach einiger Zeit bei Ihr und dem Stiefvater mit zwei Stiefschwestern in Zürich wohnen.

51 Jahre in der gleichen Firma

«Ich wollte aber baldmöglichst auf eigenen Füessen stehen, und als ich in der Zeitung ein Inserat sah, in dem ein Ausläufer (für die Hauslieferung von Medikamenten) und Lagerist für eine Grossapotheke gesucht wurde, habe ich mich gemeldet und die Stelle bekommen – und ich habe dort sage und schreibe 51 Jahre lang bis weit über die Pensionierung hinaus gearbeitet und in dieser Zeit drei Chefs überlebt.» Während rund zehn Jahren ist er nebenbei auch noch als Securitas tätig.

Vor der Arbeit in der Apotheke frühstückt er oft im nahegelegenen Migros-Restaurant. Dabei lernt er seine künftige Frau Olga kennen, die in der Migros arbeitet. Neben der Stadtwohnung im Kreis 5 ist das Paar zur Abwechslung fortan regelmässig auf dem Campingplatz «Grüne Aff» in Willerzell am Sihlsee anzutreffen, wo sie einen Campingwagen gekauft haben und viele Gleichgesinnte kennenlernen. Aber weil seine Frau vor gut zwei Jahren gestorben ist, wird er sich im kommenden Herbst von seiner «zweiten Heimat» verabschieden.

Trotz seines Interesses für die Schweizerzeit ist er nie in die Politik eingestiegen. «Das ist nicht meine Welt.» Er outet sich aber als überzeugter EU-Beitrittsgegner und legt als ehemaliger Fliegerabwehr-Soldat («Ich bin mit der 20 mm-Flab Kanone 54 gross geworden und habe später beim Luftschutz Dienst geleistet») grossen Wert auf eine verteidigungsfähige Armee und die bewaffnete Neutralität, denn Putin und andere Machtbesessene seien unberechenbar. Und weil er die AHV langfristig sichern will, war er auch gegen eine 13. Rente. «Wer soll das bezahlen? Natürlich wieder der Staat bzw. der Steuerzahler. Genau das will ich nicht!» meint der 89-Jährige.

Ein Leben für den Laufsport

Seine «Welt» ist hingegen während Jahrzehnten der Laufsport. Er absolviert rund 250 Waffenläufe, darunter 31 mal den «Frauenfelder, den König der Waffenläufe» über die Marathondistanz von 42,2 km und x mal den Wiedlisbacher, Zürcher, St. Galler, Toggenburger, Krienser, Altorfer, Reinacher, Thuner und wie sie alle hiessen. Auch zivile Läufe wie der Brienersee-Lauf

«Die Flab-RS habe ich 1955 in Payerne absolviert – übrigens im gleichen Zug wie Ralph Zloczower, der spätere Zentralpräsident des Schweizerischen Fussballverbandes. Meine Vorgesetzten wollen unbedingt, dass ich «weitermache», ich wollte aber nicht. Unser Schiessplatz war damals bei Forel am Neuenburgersee. Oft wurde an den Schiessstagen unsere Ausrüstung kontrolliert, und wer etwas nicht dabei hatte, z.B. das Sackmesser oder den «Grabstein», der musste am Abend die lange Strecke zur Kaserne zu Fuss statt motorisiert zurücklegen. Mehrmals habe ich mich «geopfert» und einem vergesslichen Kameraden den verlangten Gegenstand für die Kontrolle «ausgeliehen», sodass ich zurückrennen musste bzw. durfte, denn das hat mir Spass gemacht. Unterwegs gab es nämlich ein Restaurant, wo ich regelmässig «eingekehrt» bin; dennoch war ich jeweils rechtzeitig in der Kaserne. Später habe ich alle WK in Zuoz, Brigels, Savièse und Reckingen absolviert, und ich war in meiner Einheit der beste Schütze an der Flabkanone.»

oder zehn Mal der «Hunderter von Biel» und später der Sommerlauf von Scuol gehören zu seiner beeindruckenden «Sammlung». Und begeistert erzählt er vom Viertagemarsch in Holland und vom Berner Zweitagemarsch, die er mit seiner Wehrsportgruppe Vilan mehrmals absolviert hat. «Neben der sportlichen Seite waren auch die Kameradschaft, allseits bekannte Läufer-Originale und viele Feiern und Anlässe legendär!»



Am Viertagemarsch 1989; Hans Koch vorne rechts

Zeugnis all dieser Läufe, zu denen oft auch «Müdigkeit, Muskelkater, Blasen und Schweiß» gehörten, sind die zahllosen Medaillen und Auszeichnungen, die alle Wände im Wohnzimmer schmücken.

Aber nicht genug damit: Hans Koch war auch ein begeisterter «Geher». Sechs Mal war er in dieser Disziplin bei Vereinsmeisterschaften dabei, und zwei Mal startete er sogar für die Nationalmannschaft. Während 60 Jahren war er zudem Mitglied beim Schweizer Alpenclub, und sehr wichtig war ihm auch die freiwillige Industriefeuerwehr im Kreis 5, in der er viele Jahre als Korporal aktiv war.

Heute nimmt es der rüstige Rentner etwas ruhiger. Er ist aber regelmässig am Monatshöck «seiner» Feuerwehr anzutreffen, und an jedem dritten Mittwoch im Monat trifft er sich im Circolo Luzern mit den ehemaligen Schweizergardisten, mit denen er seinerzeit am Viertagemarsch von Nijmegen Bekanntschaft gemacht hat. Zudem gönnt er sich in Scuol jedes Jahr eine Woche Ferien, wie er es mit seiner Frau während 50 Jahren gemacht hat. Und er leistet sich ein Generalabonnement, um nach Lust und Laune die eine oder andere Fahrt durch unser schönes Land zu machen.

Hans Fehr



Am Viertagemarsch kommt Hans Koch auch in Kontakt mit Schweizergardisten, die dort jeweils mit einer Läufergruppe teilnehmen. In der Folge besucht er mehrmals die Heilige Stadt und den Vatikan. Hier posieren Hans Koch (links) und Linus Meier aus Beromünster (rechts), der während 20 Jahren Gardist war, mit ihren Frauen und dem soeben vereidigten Gardisten Markus Heller aus Bözberg im Jahre 2005.

AKTUELL

**Verheimlicht, vertuscht, vergessen**

Was 2023 nicht in der Zeitung stand

Gerhard Wisniewski

Das Jahrbuch nicht vermittelter Medienmeldungen: Eine Chronologie, welche lückenhafte, tendenziös-verzerrende, den Leser gängelnde Berichterstattung entlarvt und mit den realen Fakten, welche zu

verfälschter Berichterstattung führten, konfrontiert.

Kopp, Rottenburg 2024, 284 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 26.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 23.85

**Die grösste Revolution aller Zeiten**

Warum unser Geld stirbt und wie Sie davon profitieren

Marc Friedrich, Florian Kössler

Die USA und insbesondere die EU sind hoffnungslos überschuldet: Der Autor ist über-

zeugt, dass die heutige weltweite Finanzstruktur dies nicht überleben wird. Er schlägt Alternativen vor, die genau zu studieren (bevor Risiken eingegangen werden!), in hohem Mass empfehlenswert ist. Besonders dann, wenn ein ausgewiesener Fachmann Ratschläge präsentiert.

Finanzbuch, München 2024, 588 S., geb., ill. (Richtpreis Fr. 40.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 36.80

**Das Staatsverbrechen**

Warum die Corona-Krise erst dann endet, wenn die Verantwortlichen vor Gericht stehen

Gunter Frank

Der Autor hat das Corona-Regime der Staaten von Anfang an mit starken Argumenten kritisiert. Jetzt fordert er – auch im Namen unzähliger Betroffener – rückhalt-

lose Aufklärung dessen, was die dirigistischen Erlasse der Regierungen ausgelöst hat. In einem neuen Buch begründet er eindrücklich, weshalb vollumfängliche Aufklärung notwendig ist.

Achtgut, Berlin 2023, 215 S., brosch., (Richtpreis Fr. 30.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 27.45

Büchertisch**Die sechs entscheidenden Lektionen des Lebens**

Was ich in 50 Jahren gelernt habe und wie auch Sie davon profitieren können

Dr. Markus Elsässer

Der Autor stieg auf zum international aktiven Topmanager. Dann entschloss er sich zum Ausstieg und zu einer Karriere als selbständiger Investor und Ratgeber. In seinem neusten Buch legt er die sein Leben begleitenden Lehren vor – insbesondere in währungspolitischer Hinsicht.

Finanzbuch, München 2023, 208 S., geb. (Richtpreis Fr. 25.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 22.95

**Ewige Schuld?**

75 Jahre deutsch-jüdisch-israelische Beziehungen

Michael Wolffsohn

Der Autor, sowohl Deutscher als auch Jude, untersucht die tatsächliche und vermeintliche Entspannung im Umgang beider Völker mit der Geschichte und ihrer Vergangenheit. Er zeigt das Verbindende und entgeht dabei wohlthuend den allgemein üblichen Worthülsen, die mehr verdecken als erläutern.

LangenMüller-Verlag, München 2023, 365 S., brosch., (Richtpreis Fr. 32.90) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 29.60

**Der Todestrieb in der Geschichte**

Erscheinungsformen des Sozialismus

Igor R. Schafarewitsch

Dieses Buch erschien 1975, also zur Sowjetzeit. Der Autor, Mathematiker und Philosoph, wurde danach vom Kreml als Freund Sacharows zum Schweigen verurteilt. Aber er hielt

seinen Überzeugungen die Treue, blieb damit Einzelgänger mit wichtiger Botschaft – auch für die Zeit nach dem Untergang des Sowjetsozialismus. Ein interessantes, Grundsätze präsentierendes Buch.

Lichtschlag, Grevenbroich 2016, 469 S., brosch., (Richtpreis Fr. 34.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 31.05

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen. Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.

ZEITGESCHICHTE

**Queen Elizabeth II.***Ihr Leben in Bildern***David Souden**

Ein eindrücklicher, umfassender, gut gegliederter Bildband über Leben und Wirken der weltweit geschätzten englischen Königin, die von 1926 bis 2022 viele Jahrzehnte euro-

päischer Geschichte mitgeprägt hat. Weltweit wurde ihr hohe Achtung gezollt. Der Bildband ruft in Erinnerung, wie sie das öffentliche Leben mitgestaltet hat und wie die Öffentlichkeit ihr Wirken erfahren und gewürdigt hat.

Prestel, München (London, New York) 2022, 240 S., geb., sehr reich ill., (Richtpreis Fr. 37.90) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 34.10

BUCHZEICHEN

**Welt in Aufruhr***Die Ordnung der Mächte im 21. Jahrhundert***Herfried Münkler**

In Zeiten, da in Krisengebieten bedrohliche kriegerische Auseinandersetzungen aufflackern, präsentiert einer der besten Kenner der weltpolitischen Zusammenhänge eine Übersicht über das Geschehen, das Vielen ohne Orientierungshilfe un-

verständlich ist.

Kriegerische Auseinandersetzungen pflegen den Kriegführenden allzu oft zu entgleiten. Um so wichtiger ist es, von einem echten Kenner von Weltgeschichte und Weltpolitik eine Übersicht vermittelt zu erhalten.

Rowohlt, Berlin 2024 (2023), 527 S., geb., (Richtpreis Fr. 40.90) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 36.80

Bestellschein

Schweizerzeit

AKTUELL

- | | | |
|--------------------------|---|-------------|
| <input type="checkbox"/> | Verheimlicht, vertuscht, vergessen | à Fr. 23.85 |
| <input type="checkbox"/> | Die grösste Revolution aller Zeiten | à Fr. 36.80 |
| <input type="checkbox"/> | Das Staatsverbrechen | à Fr. 27.45 |
| <input type="checkbox"/> | Die sechs entscheidenden Lektionen des Lebens | à Fr. 22.95 |
| <input type="checkbox"/> | Ewige Schuld? | à Fr. 29.60 |
| <input type="checkbox"/> | Der Todestrieb in der Geschichte | à Fr. 31.05 |

ZEITGESCHICHTE

- | | | |
|--------------------------|---------------------|-------------|
| <input type="checkbox"/> | Queen Elizabeth II. | à Fr. 34.10 |
|--------------------------|---------------------|-------------|

BUCHZEICHEN

- | | | |
|--------------------------|-----------------|-------------|
| <input type="checkbox"/> | Welt in Aufruhr | à Fr. 36.80 |
|--------------------------|-----------------|-------------|

Name/Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Tel-Nr.: _____

Datum/Unterschrift: _____

Bestellung an:

Schweizerzeit-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der Schweizerzeit-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 9.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(05/08.03.2024)

SCHWEIZERZEIT am Radio

Das einzige unabhängige
liberal-konservative Radio für den
deutschsprachigen Raum

Auch die Schweizerzeit ist dabei!

Jeden Montag, 10 bis 11 Uhr

Schweizerzeit-Sendungen präsentieren Ihnen
Corinna Zigerli, Philipp Gut, Anian Liebrand
und Ulrich Schlüer

www.kontrafunk.radio

oder in der App

KONTRA FUNK



.radio
Die Stimme der Vernunft

Die nächste Schweizerzeit
erscheint am

22. März 2024

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand,
Markus Melzl, Mihajlo Mrakic, Charly Pichler,
Thorsten Polleit, Isabel Villalon

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten,
062 205 75 75, info@dietschi.ch

Veranstaltungen: Elisabeth Liebi

Finanzen, Organisation: Daniela Locher

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

Auszeit-Heuchelei

SP-Nationalrat Cédric Wermuth hat sich eine Auszeit genommen. Zwei Monate lang jettete er mit seiner Familie ab Weihnachten durch Südostasien. Nach einem anstrengenden Wahljahr habe er sich bewusst «ausklinken» und Abstand zur Politik nehmen wollen. Die Teilnahme an mehreren Kommissionssitzungen liess er dafür sausen und die Parlamentarier-Entsündigung (Nationalräte verdienen pro Jahr im Schnitt rund 132'000 Franken) sackte er trotzdem ein.

Es ist Herr Wermuth ja zu gönnen, dass er als Quasi-Berufspolitiker und SP-Präsident für sich das Privileg in Anspruch nehmen kann, einfach mal zwei Monate abzutauchen, ohne dass er in seinen Funktionen offenbar vermisst wird. Auch die Begründung, mehr Zeit mit der Familie verbringen zu wollen, ist löblich. Wir alle sehnen uns nach anstrengenden Berufsmonaten danach, uns zu erholen und wieder aufzutanken. Nach viel Stress und Abnutzung ist es sogar dringend nötig, die Batterien wieder aufzuladen, um sich für künftige Herausforderungen zu rüsten. Nur: Im Gegensatz zu «Work Life Balance»-Techniker Wermuth werden die allermeisten von uns für ihre Ferien nicht vom Steuerzahler entschädigt. Und auch wenn sie dies gerne tun würden, können es sich die meisten Wertschöpfung und Steuersubstrat schaffenden Verantwortungsträger

unserer Gesellschaft nicht leisten, sich monatelang abzumelden – erst recht nicht, wenn sie für ein eigenes Unternehmen und Mitarbeiter verantwortlich sind oder als Angestellte längst nicht so fürstlich verdienen wie Cédric Wermuth.

Nach der Rückkehr aus seinem «Sabbatical» gab Wermuth dem «Tages-Anzeiger» ein Interview. Darin sagte er, dass es ihn traurig stimme, dass viele Parlamentarier-Kollegen sich nicht getrauen würden, eine längere Auszeit nach seinem Beispiel zu nehmen. Das halte er «für eine grauenhafte Vorstellung von Führung und Leben». Unsere Wirtschaft als Wohlfühllose, in der Leistungsdenken und Verzicht als überholt angesehen werden – Wermuth vergisst wohl, wer all die Steuergelder generiert, die er und seine Genossen mit linker Politik so frivol verschleudern.

Selbst die Medien sind zum Schluss gekommen, dass Wermuth mit seinem zweimonatigen Asien-Trip gegen das Parlamentsgesetz verstossen hat. 2019 forderte Wermuth ein Verbot von Flügen innerhalb Europas. Selber fliegt er aber um die halbe Welt und hinterlässt einen riesigen ökologischen Fussabdruck. Anschaulicher könnte der Begriff Heuchelei nicht demonstriert werden.

Anian Liebrand

Schluss
Punkt